FRÜHJAHR 2020

PREIS: FREIE SPENDE

REVOLUTION

KOMMUNISTISCHE JUGENDZEITUNG

Ihre Ordnung ist auf Sand gebaut

Krise und Kapitalismus



AUS DEM INHALT:

KONTAKT:

Homepage und Email:

www.onesolutionrevolution.at
revolution@onesolutionrevolution.at

Instagram, Facebook, Twitter:

REVOLUTION Austria

WER WIR SIND

Wir von REVOLUTION sind antisexistisch, antirassistisch, antikapitalistisch – zeitgleich stehen wir für eine bessere Gesellschaft in der Unterdrückung und Diskriminierung nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Dabei sehen wir die Notwendigkeit uns als unabhängige Jugendorganisation zu behaupten. Unabhängig von jeglicher Partei und finanzieller Unterstützungen, damit wir unseren eigenen Weg in der politischen Arbeit gehen können. Unsere politische Idee von einer freien Gesellschaft lässt sich nicht durch die Versprechungen des Parlaments erreichen. Dafür müssen wir selber kämpfen und das Problem bei den Wurzeln packen. Und dieses Problem heißt momentan Kapitalismus.
Aber warum stellen wir uns eigentlich gegen den sogenannten „Kapitalismus" und seine Auswüchse? Bringt er nicht Innovation und Belohnung für die, die was leisten? Der Kapitalismus – also das momentan herrschende Wirtschaftssystem – ist in sich marode und nur noch auf Profitmaximierung und Investitionsausweitung aus. Themen wie der Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit fallen dabei unter den Tisch. Es ist ein System, dass sich ständig selbst reproduziert indem die Mehrheit immer für das Vermögen der Minderheit schuftet. Also gerade diejenigen die was leisten, leiden am allermeisten an diesem System und können sich dann noch nichtmal leisten was uns heutzutage unter „Innovation" verkauft wird. Speziell Jugendliche, die nicht nur zuhause und politisch kein Mitbestimmungsrecht haben, werden in Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen oft doppelt und dreifach ausgebeutet. Ihnen wird nicht mal eine Scheinwahl gelassen, sie müssen das tun, was ihre Eltern oder die Gesellschaft für richtig hält. Wir wollen deshalb speziell Jugendlichen eine Stimme geben und ihre Wut und Frustration gegen die wahren Ausbeuter* innen und Feind*innen lenken.

INHALT

Eigentümer/Herausgeber: Verein Kulturzentrum Spittelberg Anschrift: 1070 Wien, Stiftgasse 8 | Kontakt: amerlinghaus@inode.at

2020 – NEUES JAHR, NEUE REGIERUNG & KRISE DER SPÖ

Erstmals in der Geschichte der SPÖ wurde so ein schlechtes Wahlergebnis wie 21,5% eingefahren und wie zu erwarten war, wurde auch die FPÖ nach allerlei Peinlichkeiten als eine Verliererin der Wahl mit 17,3% abgestraft.

Nessie

Erstmals in der Geschichte der SPÖ wurde so ein schlechtes Wahlergebnis wie 21,5% eingefahren und wie zu erwarten war, wurde auch die FPÖ nach allerlei Peinlichkeiten als eine Verliererin der Wahl mit 17,3% abgestraft.

Unter anderem diesem Umstand verdankt die ÖVP einen großen Zufluss an Wähler*innenstimmen und auch die Grünen erfreuen sich wieder größter Beliebtheit. Die weltweite Umweltbewegung scheint wohl in vielen Wähler*innen wieder Vertrauen in eine durchwegs bürgerliche Partei mit grünem Anstrich erweckt zu haben. Nach einem Zirkus von Regierungskrisen steht nun eine Koalition aus ÖVP und den Grünen fest. Allgemein ist zu sagen, dass von dem grün-sozialen Anstrich, mit denen die Grünen in die Koalitionsverhandlung gingen, nichts übrig geblieben ist. Was das neue Regierungsprogramm uns aber glaubwürdig verspricht: mehr Rassismus, weniger Soziales, ausgeweitete Rechte für die Justiz und inhaltslose Versprechungen gegen den weltweiten Klimawandel.

Was Klimaschutz anbelangt sind nur zwei Sachen konkret, das Fliegen soll etwas teurer werden und die Bahnfahrt etwas günstiger. Wie diese Vorschläge weltweite Klimagerechtigkeit und das Überleben des Planeten gewährleisten sollen bleibt offen. Sehr konkret wird das Programm aber, wenn es um staatlichen Rassismus geht. Das Kopftuchverbot soll ausgeweitet werden auf 14-jährige Mädchen, somit besitzen jugendliche Mädchen offenbar kein Recht auf Religionsfreiheit, ganz abgesehen von der Tatsache, dass Beschneidung und Taufe vor dem 14. Lebensjahr unberührt bleiben. Des Weiteren soll Frontex, (Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache) mit 10.000 Personen aufgestockt werden, um die Festung Europa besser zu bewachen, „kriminelle" Geflüchtete sollen konsequenter abgeschoben werden und es soll eine deutlichere Trennung zwischen Arbeitsmigration und Geflüchteten geben. Wobei auch sogenannte „Arbeitsmigrant*innen" unter den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen ausgezahlt werden sollen. Ein sehr besorgniserregender Vorschlag ist die „Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit", welche es ermöglicht, Personen nur auf Verdacht sofort festzusetzen. Dieses Gesetz kann dann zukünftig nicht nur gegen Geflüchtete eingesetzt werden, auch Linke ohne Fluchthintergrund können davon betroffen sein. Hinter dem Ausbau der Polizei, dem Versuch, einen verfassungskonformen Bundestrojaner durchzubringen und dem Plan, eine Dokumentationsstelle für den „politischen Islam" einzurichten, verstecken sich noch viele andere rassistische Grässlichkeiten, die genauso gut mit einer FPÖ anstelle der Grünen hätten kommen können. Alles in allem keine guten Aussichten.

Wenn wir uns die Wahlergebnisse so anschauen, stellt sich eine weitere nicht unwesentliche Frage: Wie tief kann die SPÖ noch sinken? Und wie kam es dazu?
Historisch wie heutzutage ist es doch die Sozialdemokratie, die traditionelle Arbeiter*innenpartei im Parlament, die sich für die Rechte der Unterdrückten einsetzt (bzw. es jedenfalls sollte). Offenbar tut sie dies jedoch nicht glaubwürdig genug, womit dieser seit Jahren voranschreitende Wähler*innen- und Mitgliederverlust zu erklären ist. Wir versuchen nun grob die jüngere Geschichte der SPÖ zu umreißen um den Ursachen dafür auf den Grund zu gehen.

Auch wenn die Degeneration der SPÖ schon viele Jahre davor einsetzt, fangen wir mit dem Abstieg der SPÖ in den 80/90er Jahren an. Ein Korruptionsskandal um den Neubau des Wiener AKHs, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Bau eines Kernkraftwerks entgegen der Forderungen einer wachsenden Umweltbewegung läuteten die Abkehr einer Schicht von Wähler*innen von der SPÖ ein. Ein Teil der enttäuschten Arbeiter*innen wandte sich auch der aufsteigenden FPÖ zu, ein anderer ging zu den Grünen.

Mit dem neuen Jahrtausend wendete sich die Stimmung noch drastischer gegen die SPÖ, die es nur noch auf 1/3 ihrer Wähler*innenstimmen brachte und von der Regierung ausgeschlossen wurde. Eine Regierung unter FPÖ und ÖVP machte sich an einigen wichtigen Errungenschaften der Arbeiter*innenklasse zu schaffen, begleitet von großen Protesten. Die SPÖ in der Opposition verzeich-

nete einen kleinen Aufwind und trat 2007 in eine Koalition mit der ÖVP ein. Dabei hat sie alle ihre Wahlversprechen (Abschaffung der Studiengebühren, Ausstieg aus dem Eurofighter-Kaufvertrag, Aufhebung der Erbschaftssteuer, ...) verraten.

2008 löste die Pleite der US-amerikanischen Investment Bank „Lehman Brothers" die Weltwirtschaftskrise aus. Eine neue Regierung unter SPÖ und ÖVP mit Bundeskanzler Faymann (SPÖ) musste nun diese Wirtschaftskrise, die auch in Österreich zwischen 2009 und 2010 ihre Effekte zeigte (Produktionsrückgang, Entlassungen,...), abwenden. Ganz klassisch wurde auch in Österreich ein Bankenpaket von bis zu 100 Milliarden Euro für alle großen Banken verabschiedet. Dabei wurde auch die Bank „Hypo Alpe Adria" notverstaatlicht, das heißt im Grunde genommen: Schulden wurden verstaatlicht und Profite weiter privat angeeignet. Des Weiteren wurden günstige Kredite an kleine und mittlere Unternehmen vergeben um die Kaufkraft zu stärken. Logischerweise schnellte die Staatsverschuldung dadurch in die Höhe. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken wurden die Ausgaben gesenkt, vor allem durch Sozialkürzungen (z.B. wurde die maximale Bezugsdauer des Kindergelds von 27 auf 24 Jahre gesenkt) und mehr Steuern. Also wurden letztlich die Schulden des Kapitals unter der Führung der SPÖ auf die Arbeiter*innenklasse abgewälzt.

Ein Sprung in das Jahr 2015, das geprägt war von der sogenannten „Flüchtlingskrise", eine große Fluchtbewegung, die auf Europa zukam. Diese stieß in Österreich anfänglich auf große Solidarität, auch vom amtierenden Bundeskanzler Faymann. Bis Ende des Jahres jedoch veränderte er seine Haltung. Grenzkontrollen wurden eingeführt und ausgeweitet sowie ein Grenzzaun zu Slowenien errichtet. Islamistische Terroranschläge und die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln 2015/16 befeuerten einen breiten rassistischen Diskurs über die Flüchtlingsfrage. Auch aus der SPÖ heraus traten immer mehr rassistische Stimmen an die Öffentlichkeit wie z.B. Hans Peter Doskozil, der neu in die Position des Verteidigungsministers berufen worden war. Er äußerte sich klar für mehr Grenzkontrollen, „Flüchtlings-Rückführungen" und die Stellung von Asylanträgen außerhalb von Europa („Asylzentren in Nordafrika"). Es folgten eine Reihe von Asylgesetzverschärfungen (Obergrenze für Asylanträge, erschwerter Familiennachzug, Aufenthaltsrecht auf 3 Jahre,...), welche bei vielen SPÖ Wähler*innen und Mitgliedern auf starke Kritik stießen. Diese breite Unzufriedenheit gegenüber Faymanns Politik war auf der 1.Mai Demonstration 2016 deutlich zu sehen und zu hören. Bei seiner Rede wurde er von vielen Sozialdemokrat*innen ausgebuht und auf Schildern wurde sein Rücktritt gefordert. Gleichzeitig gab es aber auch relevante Teile der SPÖ, die sich mit „Werner, der Kurs stimmt"-Schildern für die Beibehaltung der SPÖ-Führung aussprachen. Da „Einheit über allem" wohl das ungeschriebene Motto der SPÖ ist, wurde der linke Flügel mit einem Rücktritt von Faymann und dem Kompromisskandidaten Christian Kern besänftigt. Dabei zeigte sich Bundeskanzler Kern auch nicht besonders links, Faymanns Kurs in der Asylpolitik wurde weitergefahren, nur wurde vor allem Anfangs mehr von Menschlichkeit gefaselt. Dass Kern für viele anfangs als linkere Alternative galt, lag auch mitunter an seinem populistischen Zugang und seinen (vor allem im Vergleich zu Faymanns) rhetorischen Fähigkeiten. Auch hier wurde aber die SPÖ Politik fortgesetzt, mit Lippenbekenntnissen zu Forderungen wie der Wiedereinführung der Erbschaftssteuer, ohne jedoch eine Perspektive aufzuzeigen wie solche Forderungen wirklich umgesetzt werden können. Viel eher war Kern mit seinem Plan A dafür verantwortlich, dass neoliberales Gedankengut und Standortpolitik immer weiter Einzug in die Politik der Sozialdemokratie fanden.

Nachdem Pamela Rendi-Wagner 2018 die SPÖ übernahm, war von Anfang an klar, dass sie nichts wesentliches am politischen Kurs von Christian Kern verändern würde. In ihrer Rolle als größte Oppositionspartei blieb die SPÖ dabei mehr als zahnlos und beschränkte sich auf parlamentarische Manöver, um die Politik von ÖVP und FPÖ zu bekämpfen. Doch, wie es auch kaum anders zu erwarten war, hinderte das die schwarz-blaue Koalition nicht daran, ihre Vorhaben umzusetzen. Nur bei der Ankündigung des 12-h-Tages mobilisierten die SPÖ und die Gewerkschaften dagegen, aber nach der machtvollen Demonstration mit über 100.000 Teilnehmer*innen ließen sie den angebrochenen Kampf auslaufen, bevor er richtig angefangen hatte. All das, nur um ihren Platz als „seriöse" Verhandlungspartner*innen nicht zu verlieren.

Mit diesem Kurs – und vor allem auch mit dem international beförderten Aufschwung der Grünen – fuhr die SPÖ trotz des Ibiza-Skandals dann bei den Wahlen letztes Jahr ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis ein. Die Reaktion der Parteiführung darauf war aber hauptsächlich, den Bundesgeschäftsführer Drozda durch den Wahlkampfmanager (!) Deutsch zu ersetzen. Eine Kursänderung sieht anders aus. Nach der Unfähigkeit der Führung, ihre eigenen Fehler einzugestehen und einen anderen Kurs einzuschlagen, versuchten die Jugendorganisationen – allen voran die Sozialistische Jugend – auf der einen Seite und die von unzufriedenen Basismitgliedern ausgehende Initiative „Machen wir was" auf der anderen Seite, wichtige innerparteiliche Reformen umzusetzen. Die Hauptforderungen hierbei sind neben einer politischen, organisatorischen und personellen Neuaufstellung der Partei vor allem die Organisierung eines „Reformparteitags" als auch die Umsetzung der Mitgliederwahl des Parteivorsitzes, ähnlich dem deutschen Vorbild.

Der linke Flügel entfaltete in der unmittelbaren Folgezeit der Wahlen durchaus eine gewisse Dynamik. Aber vor allem die Tatsache, dass SJ-Chefin Julia Herr ein Nationalratsmandat erobern konnte und zur Umweltsprecherin der SPÖ gemacht wurde, soll den Fokus der SJ weg vom innerparteilichen Kampf schieben. Schon während des Wahlkampfes waren die durchaus linken Forderungen von Herr sehr isoliert vom restlichen Auftritt der SPÖ und

wirkten eher wie ein Manöver, um die Basis-SJ mit ins Boot zu holen. Statt ihr Mandat zu nutzen, um einen innerparteilichen linken Flügel zu organisieren und ein alternatives Programm für die Sozialdemokratie an die Medien zu tragen, nahm sie relativ unkritisch ihre Rolle als Umweltsprecherin an. Ihrer Glaubwürdigkeit als Sozialistin wurde sicher auch nicht dadurch geholfen, dass sie bis heute nicht bekannt gegeben hat ob sie ihr gesamtes Gehalt als Nationalrätin (immerhin fast 9000 € brutto pro Monat) behält oder größtenteils an die Organisation abgibt.

Der klassische Reformismus birgt die fatale Schwäche in sich, eine klassenlose Gesellschaft auf dem Weg der Reformen im Parlament erreichen zu wollen, also ohne eine proletarische Revolution. Das hört sich im ersten Moment vielleicht friedlicher an, führt jedoch in der Praxis zum Verrat der Interessen der Arbeiter*innenklasse. Denn um an der Regierung beteiligt zu sein, brauchen sie zwar die Stimmen der Arbeiter*innen, doch um weiterhin bestimmte Ämter usw. zu ergattern, gehört auch dazu, faule Kompromisse mit dem Kapital und dessen Vertretungen einzugehen. Relativ rasch bildete sich in der Sozialdemokratie eine in das System integrierte Führungskaste aus Funktionär*innen, welche nunmehr wenig Interesse an einer ernsthaften Änderung der Besitzverhältnisse hatten. Daher sägt die Führung der Sozialdemokratie nicht an dem Ast auf dem sie selbst sitzt, jedoch braucht sie den sozialen Umhang um weiter auf diesem zu sitzen.

Jetzt könnte man meinen, die verräterische und verbürgerlichte Sozialdemokratie habe sich disqualifiziert und sei nicht mehr der Rede wert. Der Haken besteht darin, dass der überwiegende Teil der politisch bewussten Arbeiter*innen weiterhin die SPÖ wählt, noch dazu hat die SPÖ die unangefochtene Führung in den Gewerkschaften. Zwar verliert die Partei jährlich Tausende von Mitgliedern, dennoch ist sie mit 180 000 (Stand 2017) eine im internationalen Kontext sehr große Partei. Somit charakterisieren wir sie als „bürgerliche Arbeiter*innenpartei" mit einer Führung, deren wahre Interessen es zu entlarven und zu bekämpfen gilt.
Sicherlich gibt es richtige Reformen, die durch sozialdemokratische Regierungen umgesetzt wurden (sozialer Wohnbau, Frauenrechte, usw.), doch diese waren auch bedingt durch ein gewisses Kräfteverhältnis und die damalige wirtschaftliche Situation. Seit Mitte/Ende der 70er sind die meisten Staaten gekennzeichnet von einem wirtschaftlich schwachen Wachstum bzw. einer Stagnation, vor allem im Vergleich zum Nachkriegsboom. In den 80er Jahren verschärften zahlreiche neoliberale Reformen in den USA und England den weltweiten Verteilungskampf um Märkte und Ressourcen. Diese andauernde Entwicklung spitzt sich bis heute immer weiter zu und führt dazu, dass es für den Reformismus immer unmöglicher wird, mit dem Kapital Kompromisse auszuhandeln. Das erklärt vor allem die Politik, die reformistische Parteien während der Weltwirtschaftskrise 2008 fuhren.

Um andauernde Verbesserungen für die Mehrheit der Weltbevölkerung, also für die Arbeiter*innenklasse, zu erreichen, halten wir es für notwendig diese mit einem revolutionären Programm zu organisieren. Das heißt, dass entschlossen für Verbesserungen innerhalb des Systems gekämpft werden muss, ohne die Illusion zu haben, friedlich in den Grenzen des Kapitalismus verweilen zu können oder dass das Kapital sich nicht mit allen Mitteln wehren wird. Die Gewerkschaften, die Kampfwerkzeuge der Klasse, müssen der sozialdemokratischen Führung entrissen und das Mittel des Generalstreiks muss die Säge sein, die an den Ästen der Kapitalist*innen und dessen Verbündeten sägt. Konkret heißt das, eine breite proletarische Bewegung aufzubauen, die aktiv Spaltungen der Klasse bekämpft und geeint gegen kapitalistische Besitzverhältnisse vorgeht.
Durch konsequente Politik im Interesse der Arbeiter*innenklasse müssen Revolutionär*innen der SPÖ ihre soziale Maske herunterreißen und ihrer Basis zeigen, was sie wirklich ist: Verräterin der Unterdrückten und Dienerin der Unterdrücker*innen. Dabei gilt es auch, den Konflikt zwischen dem linken und rechten Lager der SPÖ weiter zuzuspitzen und desillusionierten Mitgliedern, die tatsächlich an einen durch Reformen herbeigeführten Sozialismus glauben, eine revolutionäre Alternative anzubieten.

Die Krise der SPÖ sollte als Chance und Aufgabe verstanden werden, die Arbeiter*innenklasse neu zu strukturieren und desillusionierten Teilen wieder eine Perspektive zu geben. Wir haben eine Verantwortung und aktuell besteht sie vor allem darin, rechten Kräften und Reaktionär*innen nicht noch mehr Dynamik zu geben, indem immer mehr vom Reformismus enttäuschte Jugendliche, Arbeiter*innen und Kleinbürger*innen sich ihnen anschließen.

Was braucht die österreichische Arbeiter*innenbewegung?
» *Eine revolutionäre Partei, mit einem Programm aus Übergangsforderungen und den richtigen Kampfmitteln – Massenmobilisierung, Generalstreiks gegen Angriffe und für Verbesserungen für die Arbeiter*innenklasse*
» *Spaltungen in der Klasse müssen überwunden werden, Geflüchtete, Frauen und andere unterdrückte Gruppen müssen in die Gewerkschaften einbezogen werden und ein Mindestlohn für alle muss gemeinsam erkämpft werden*
» *Wir müssen einfordern, was uns zusteht und für eine herrschaftslose, klassenlose Gesellschaft mit einer gerechten Verteilung von Besitz kämpfen*
» *Für die proletarische Revolution, ohne diese lässt sich die besitzende Klasse nicht entmachten!*

LAGE DER WELTWIRTSCHAFT: DROHT DIE NÄCHSTE KRISE?

Mehr als zehn Jahre Krise sind genug! Die Auswirkungen der Finanzkrise sind bis heute noch spürbar. Vor allem Jugendliche sind von den Folgen weiterhin mit am härtesten betroffen.

Ramona & Tina

Mehr als zehn Jahre Krise sind genug! Die Auswirkungen der Finanzkrise sind bis heute noch spürbar. Vor allem Jugendliche sind von den Folgen weiterhin mit am härtesten betroffen. Ihnen wird die Sparpolitik der EU aufgezwängt, was die Arbeitslosenquoten der Jugend steigen lässt. Prekäre Arbeitsbedingungen, absurd hohe Anforderungen und Leistungsdruck, unbezahlte Praktika, wenig Vertretung in Gewerkschaften etc. prägen die Realität jugendlicher Arbeiter*innen. In Krisenzeiten sind sie (auch wegen im Vergleich zu älteren Kolleg*innen lockeren Kündigungsschutzbestimmungen) mit die ersten die entlassen werden. So betrug in Griechenland die Jugendarbeitslosigkeit vergangenes Jahr 32,5 %, in Spanien 32,1%, in Italien 28,6% - allesamt Länder die durch die neoliberalen Spardiktate der EU gebeutelt wurden. Krisen mit solchen Folgen sind ein wesentlicher Grundbaustein unseres Wirtschaftssystems. Wir leben im Kapitalismus, was die Bereicherung weniger auf Kosten von vielen bedeutet. Viele Arbeiter*innen produzieren durch ihre Arbeit einen Mehrwehrt der (teils weit) über dem gezahlten Lohn liegt, also mit anderen Worten, einen Gewinn für die Kapitalist*innen, der direkt in ihre Tasche geht. Dieser von den Arbeiter*innen geschaffene „Gewinn" kann durch eine Entrechtung der Arbeitenden wie zum Beispiel durch das Drücken der Löhne von Berufseinsteiger*innen, größer werden. Den Kapitalist*innen geht es nur um die Profitmaximierung und Wachstum, was sie durch die Ausbeutung der Arbeiter*innen erreichen. Doch wie ist momentan die Lage der Wirtschaft? Hat sich in den vergangenen Jahren etwas verbessert oder spitzt sich die Lage weiterhin zu?

Die Prognosen für 2018 überschlugen sich beinahe. Ist es endlich soweit das Joch der Krise 2008 abzuschütteln und in eine boomende Phase des wirtschaftlichen Aufschwunges zu kommen? Das beständig höher werdende Wachstum bis 2017 war der Hauptgrund für diese sehr optimistische Prognose von, unter anderem, der europäischen Kommission, die Wachstumsraten der Eurozone von 2,3 und 2 Prozent für jeweils 2018 und 2019 vorhersagten. Auch die Vorhersagen außerhalb des europäischen Raumes wurden nach oben korrigiert. Realität ist aber, dass in den meisten EU Ländern (außer Österreich, Slowakei, Luxemburg, Irland, Schweden, Polen und Ungarn) das Wachstum geringer war als im Jahr davor. 2018 endete mit 1,9% Wachstum, wobei einige Länder auch deutlich schlechter abschnitten. Für 2019 wurde vermutet, dass das Jahr mit einer Wachstumsrate von 1,1 Prozent, weit hinter den Erwartungen zurückbleiben würde. Mit einigen Ausnahmen hat sich diese Annahme auch bewahrheitet.
Die Gründe für die Abnahme liegen nicht in den Ländern selbst, sondern hängen vielmehr von internationalen Dynamiken ab. Seit Anfang 2018 nimmt der Welthandelsindex CPB tendenziell ab. Der Großteil des abnehmenden Wachstums ist also auf Unsicherheiten und Rückgänge im Welthandel zurückzuführen. Zentrale Gründe dafür sind die Zollstreitigkeiten zwischen USA und China und die fehlende Perspektive eines Deals mit Großbritannien, der nach dem nun erfolgten Brexit bis zum Ende des Jahres stehen muss.

China hat (für seine Verhältnisse) enorme Einbußen im Wachstum erlitten. Es ist auf einem so tiefen Stand wie seit der Krise 2009 nicht mehr. Das liegt jedoch nicht nur am Handelsstreit mit den USA, sondern vielmehr an den Unruhen, die dadurch am Finanzmarkt ausgelöst wurden. Stagnation in China als zweitgrößte Volkswirtschaft würde große Probleme mit sich bringen.

Das geringere Wachstum für 2019/20 ist eigentlich für sich genommen noch nicht so problematisch. Was aber beunruhigend ist, ist die Fehleinschätzung der Institutionen. Vertrauensverlust (ökonomisch gesehen reagiert die Wirtschaft sensibel auf Änderungen im Verhalten der Gesellschaft. Je nachdem, wie stark Menschen an bestimmte Prognosen oder Verhältnisse glauben, desto eher verhalten sie sich danach, was wiederum die Wirtschaft beeinflusst. In diesem Kontext sind Erwartungen sehr zentral für die kapitalistische Wirtschaft und ihre Schwankungen) und die immer noch nachwirkenden Erfahrungen von 2008 bestätigen nur weiter die Vermutung, dass der Höhepunkt des Wachstums erreicht ist und nun der Fall bevorsteht. Ähnliche Vorzeichen konnten auch vor den letzten großen Krisen ausgemacht werden. Die einzelnen Volks-

wirtschaften (speziell die EU) sind schlecht auf eine Rezession vorbereitet, egal wie gering sie ausfällt. Zudem war viel von dem Wachstum durch die Null- bzw. Niedrigzinspolitik der europäischen Zentralbank und der US-amerikanischen FED bedingt – Maßnahmen die bereits an ihre Grenzen geraten sind. Die Investitionen, die dadurch gefördert hätten werden sollen, gingen auch in größeren Teilen an die Finanzwirtschaft wegen den im Vergleich zu Investitionen in die Realwirtschaft größeren Profitaussichten. So hat der Dow Jones beispielsweise seit 2009 um mehr als 200% zugelegt – ein Wachstum das sich natürlich nicht in der Realwirtschaft widerspiegelt. Diese Blase kann in den kommenden Jahren mit verheerenden Konsequenzen platzen; die Schwankungen und teils extremen Reaktionen der Märkte (wie z.B. bei der Festnahme der Huawei-Managerin Meng Wanzhou) in den letzten zwei Jahren sind dafür offenkundige Anzeichen. Der Wandel in der politischen Sphäre, den wir als einen Ausdruck des Rechtsrucks begreifen, tut sein Übriges. Der Angriff auf die Ordnung der Globalisierung wirft deutlicher die Frage kriegerischer Auseinandersetzungen direkter Natur zwischen imperialistischen Nationen auf die Tagesordnung. Auch der Aufstieg des halb-faschistischen Bolsonaro in Brasilien und der Coup-Versuch in Venezuela zeigen, dass wir hier an einem politischen Scheidepunkt befinden.
Das wirtschaftliche Sorgenkind der EU ist wieder einmal Italien. Sehr niedrige Wachstumsraten sind schon seit Jahren ein Problem. Speziell der italienische Bankensektor stellt eine sehr instabile Variable in der Weltwirtschaft dar. Die neue rechtspopulistische Regierung und eine Verschuldung von 130% des BiP sind dabei die Hauptfaktoren. Auch wenn Portugal eine ähnlich hohe Verschuldung hat, ist dort das Wachstum wesentlich höher und stabiler, für die Gläubiger also eine wesentlich geringere Gefahrenquelle.

Jahre der Sparpolitik und Krise haben einen langen Schatten über Europa und die Welt geworfen. Ein allgemeiner Rechtsruck stärkt nationalistische Tendenzen und Abschottung. Kollektives Handeln gegen eine bevorstehende Krise wird immer schwieriger vorstellbar. Die Politik der rechtspopulistischen Kräfte, die an der Macht sind, spart (zumeist) weiter bei der Bevölkerung. Angriffe gegen die Arbeiter*innenklasse werden immer schwieriger abzuwenden. Die politischen Krisen, die wechselwirkend mit der Wirtschaft interagieren, werden ausschlaggebend für eine tatsächliche kommende Krise sein. Fakt ist, Vorzeichen dafür bestehen. Wenn nicht für eine Krise, dann zumindest für eine Fortsetzung der Stagnation, die die Jahre nach 2009 prägte.

Wir als REVOLUTION sehen, dass sich Krisen aus dem kapitalistischen System heraus entwickeln und entwickeln müssen. Unabhängig davon welche Politik die Regierungen oder Zentralbanken implementieren, es wird immer eine nächste Krise geben. Diejenigen, die am meisten davon betroffen sind, sind die Arbeiter*innen und Jugendlichen. Sie sind diejenigen, die höher besteuert werden, wenn eine Bank gerettet werden soll. Sie sind diejenigen, die mit Reallohnverlust, Studiengebühren und Verlust von Sozialbeihilfen zu kämpfen haben. Auf der anderen Seite führen Krisen zu einer weiteren Zentralisierung und Monopolisierung von Kapital. Einige wenige Konzerne gehen gestärkt aus der Krise heraus. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer breiter. Die 26 reichsten Menschen besitzen so viel wie die ärmsten 50% der Weltbevölkerung.
Ungehemmtes und für immer anhaltendes Wirtschaftswachstum im Kapitalismus ist eine Lüge. Vor allem, wenn wir den Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen und der Umwelt im Allgemeinen betrachten. Der Kapitalismus ist mittlerweile in einem Stadium angekommen, in dem er dringend überwunden werden muss um unseren Planeten zu retten und ein besseres Leben für alle zu ermöglichen. Die Arbeiter*innen und Jugendlichen ganz Europas, der ganzen Welt, müssen gegen die Regierungen der Rechten ankämpfen. Internationale Solidarität wird notwendig, wenn wir z.B. einen Blick nach Südamerika werfen.
Aber auch hier in Europa müssen wir uns zusammenschließen und gegen eine kommende Krise protestieren. Da uns die hart erkämpften Rechte wieder entzogen werden, müssen wir umso stärker auftreten. Eine Krise ist eine krasse Zuspitzung der kapitalistischen Verhältnisse. Wir können nur gegen unsere Ausbeutung mobilisieren, wenn wir auch unsere Proteste zuspitzen. Wir zahlen eure Krise nicht, wir nehmen Jugendarbeitslosigkeit nicht einfach so hin und wir lassen uns schon gar nicht auf morgen vertrösten. Proteste wie die Mietenbewegung in Deutschland oder die Frauenstreiks in der Schweiz machen bereits auf Probleme aufmerksam, die sich in einer Krise nur verschärfen werden.
Wir wollen eine neue Welt, eine gerechte Welt, in der nicht die Wirtschaft die Menschen, sondern umgekehrt, die Menschen die Wirtschaft kontrollieren. Wo für Bedürfnisse und nicht für Profit produziert wird. Wo die Verteilungsprobleme endlich gelöst werden. Denn genug für alle ist ja da.

Jugendliche, die nach der Ausbildung nur in den Niedriglohnsektor wechseln können, haben keine Perspektive. So sieht die Lebensrealität der meisten allerdings aus. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs kriegen wir nicht viel von den „verbesserten Lebensrealitäten" mit. In Krisen verlieren wir aber als erste unsere Jobs und Ausbildungsplätze.
Deshalb kämpfen wir für eine internationale Vereinigung der Jugendlichen der Welt. Gemeinsam mit den Arbeiter*innen müssen wir für eine bessere Zukunft kämpfen. Denn: wenn uns das Nachdenken über die nächste Krise einen Hinweis gibt, dann den, dass der Kapitalismus ein Ablebedatum hat. Es muss nur aktiv eingeleitet werden.

DIE ILLUSION DES „GRÜNEN KAPITALISMUS“

Die Umweltkrise schreitet von Tag zu Tag immer weiter voran. Immer mehr Studien bezeugen das drohende Ausmaß des menschengemachten Klimawandels. Das Eis auf Grönland schmilzt so schnell wie erst für 2060 berechnet und auch die Permafrostböden in Sibirien und Kanada tauen bedrohlich schnell auf.

Esam

Das Eis auf Grönland schmilzt so schnell wie erst für 2060 berechnet und auch die Permafrostböden in Sibirien und Kanada tauen bedrohlich schnell auf. Die enorme Menge, die an CO^2 dabei freigesetzt wird, verstärkt den Treibhauseffekt, was wiederum die Erderwärmung deutlich beschleunigt. Schon seit einigen Jahren erleben wir extreme und unnatürliche Wetterbedingungen und weltweit häufen sich die Naturkatastrophen. Die Treibhaus-Emissionen, die 2018 ausgestoßen wurden, erreichten Rekordwerte und auch für die kommenden Jahre werden steigende Zahlen prognostiziert. Vielerorts steigen die Meeresspiegel an und auch die Artenvielfalt schrumpft rapide. Ebenso schreitet die Abholzung der Regenwälder voran und letzten Sommer mussten wir zusehen, wie Hunderttausende Hektar des Amazonas durch Brände zerstört wurden. Die Brände in Australien sind nun das jüngste Beispiel von den extremen Folgen des Klimawandels. Das 2-Grad-Ziel, also die Mindestvoraussetzung, um den Prozess noch ausgleichen zu können, der unsere Lebensgrundlage komplett zerstören würde, gerät immer mehr in unrealistische Ferne. Müsste nicht angesichts dieser Situation bei wirklich allen die Alarmglocken läuten?

Die Antwort lautet Nein, denn es sind nicht alle in gleichem Maße vom Klimawandel betroffen. Um diese Frage konkreter zu beantworten müssen wir diese Thematik aus einem Klassenstandpunkt betrachten. Die reichsten 10% der Welt haben fast die Hälfte des weltweiten CO^2-Ausstoßes zu verantworten. Im Gegensatz dazu stoßen die ärmsten 50% der Weltbevölkerung nur etwa ein Zehntel der weltweiten Emissionsmenge aus. Auf nationalstaatlicher Ebene zeichnet sich ein ähnliches Bild. Allein China und die USA stoßen über 40% des weltweiten CO^2-Ausstoßes aus, doch das heißt nicht, dass sie auch in diesem Ausmaß von den Folgen betroffen sind. Die Länder des globalen Südens, die Halbkolonien (formal freie Länder, die jedoch wirtschaftlich komplett abhängig von industrialisierten Nationen sind) und ärmere Regionen sind diejenigen, die mit den katastrophalen Folgen zu leben haben. Großkonzerne verlegen ihre Produktion in diese Gebiete und während die Profite natürlich an die imperialistischen Industriezentren gehen, bleibt den Betroffenen, neben den menschenunwürdigen und nicht selten auch extrem gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, eine dauerhaft zerstörte und verschmutze Umwelt. Auch bei großen Umweltkatastrophen sind nicht alle gleich betroffen, denn die ökonomischen und gesundheitlichen Folgen treffen Ärmere viel stärker, da sie in vielen Fällen nicht die finanziellen Mittel, Versicherungen oder einen garantierten Zugang zu Krankenhäusern haben um die Folgen kompensieren zu können. Extreme Wetterbedingungen treffen Reiche auch nicht im selben Ausmaß, sie können aus gefährdeten Gebieten wegziehen oder im Falle einer Naturkatastrophe ohne Probleme die Trümmer wieder aufbauen. Der Großteil der Menschheit, der unter diesen erschwerten Bedingungen mitunter harte, körperliche Arbeit zu leisten hat und nur schwer die Möglichkeit auf Flucht hat, ist der tatsächliche Leidtragende. Industrienationen, Kapitalist*innen und Reiche sind nicht nur weniger betroffen, sie profitieren sogar von der Zerstörung unseres Planeten – zumindest kurzfristig. Nimmt man die imperialistische Weltordnung und die globalen Ausbeutungsverhältnisse genauer unter die Lupe, steht die Lösung der Umweltkrise konträr zu ihren objektiven Profitinteressen.

Die Tatsache, dass die Weltklimakonferenz in Madrid vergangenen Dezember so kläglich gescheitert ist, ist daher eben keine Frage von mangelndem Willen oder Wissen, sondern vielmehr eine Frage unseres Wirtschaftssystems selbst. Im Kapitalismus herrscht ein systematischer Wettlauf um die größtmöglichen Profite – Umwelt, Klimawandel, Rechte von indigenen Völkern, Artenschutz etc. spielen dabei keine Rolle. Die Staaten sind trotz der Dringlichkeit bedacht keinen Schritt zu weit zu gehen, um nicht die eigenen Profite oder die eigene Stellung am Markt zu gefährden. Der Ausstieg von den USA aus dem Pariser-Klimaabkommen mit der Begründung, es schade der amerikanischen Wirtschaft, bringt die kapitalistische Logik hierbei treffend auf den Punkt. Diese Entwicklung liegt auch nicht an der Idiotie von einzelnen Politiker*innen wie Trump oder an „bösen“ Konzernen, die einfach mal eine ordentliche moralische

Ohrfeige benötigen. Wenn Konzerne nicht um Profite wetteifern, drohen sie im Konkurrenzkampf bankrott zu gehen und Staaten verlieren damit folglich auch ihre ökonomische und politische Macht. Mit schwindenden Ressourcen verschärft sich zudem der Konkurrenzkampf und gerade im Kontext globaler Handelskriege, wie wir ihn zwischen den USA und China sehen, ist es nicht weiter verwunderlich, dass Staaten keinen Raum für große ökologische Zugeständnisse lassen, und daher lieber (wenn überhaupt) zahnlose Versprechen liefern. Die Inaktivität der großen Industrienationen und Großkonzernen in Sachen Umweltpolitik ist nicht primär Ignoranz, sondern bewusster Ausdruck ihrer Klasseninteressen und des sich verschärfenden imperialistischen Wettkampfs.

Viele setzen daher auf Grüne Parteien und vielerorts verzeichnen sie noch nie da gewesene Wahlerfolge. Auch Konzeptionen von einem „Grünen Kapitalismus" werden immer populärer oder gar als Heilsbringer unserer Umweltkrise propagiert. Diese Konzepte ignorieren jedoch die Grundlogik des kapitalistischen Systems. Wenn Unternehmen rote Zahlen schreiben, gehen sie zwangsläufig über kurz oder lang bankrott. Zahlreiche Technologien, die bessere Umweltbilanzen mit sich bringen, werden oft nicht umgesetzt, da sie noch nicht marktreif sind oder der Umstieg zu zeit- und kostenintensiv ist. Umweltschonende Ressourcen und Energie sind eben nur interessant, solange sie profitabel sind. Viele Konzepte argumentieren daher mit stärkerer Besteuerung von CO^2 und/oder großen staatlichen Subventionierungen für grüne Technologie. Der Spielraum für eine wettbewerbsschädigende CO^2-Steuer oder strengeren ökologische Standards ist jedoch, nimmt man die „Bemühungen" der Staaten bei den vergangenen Klimagipfeln als Gradmesser, verschwindend gering. Diese rein steuerpolitischen Ansätze überlassen die Entscheidungshoheit dem freien Markt. Folglich lassen sie Konzernen die Möglichkeit offen, die sinkenden Profite in Form von Preissteigerungen an die Konsument*innen weiter zu geben. Solche Preissteigerungen resultieren aber vielmehr in einer großen Belastung für die Arbeiter*innenklasse, als dass sie Energiekonzernen entscheidend weh tun. Nicht ohne Grund sind die Gelbwesten monatelang auf die Barrikaden gegangen, nachdem versucht wurde, die Kosten der Umweltkrise auf die Massen abzuwälzen, die sich das alltägliche (Über-)Leben ohnehin fast schon nicht mehr leisten können. Dass eine Energiewende weg von fossilen Brennstoffen so schnell wie möglich eingeleitet werden muss ist selbstredend, jedoch muss dies auf Kosten der Profite und des Wohlstands der Großkonzerne passieren, die diese Umweltkrise nicht nur verantworten, sondern auch Milliarden an Profiten damit einstreichen. Effektive ökologische Steuern, so hoch sie auch sein mögen, sowie eine sinnvolle Umweltpolitik müssen auf lange Sicht die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln stellen. Eine weitere Problematik bei diesen Ansätzen ist, dass Konzerne Kapitalflucht in Länder mit steuerlich günstigeren Konditionen oder billigen Arbeitskräften begehen können. Diese sind in den meisten Fällen die ohnehin schon wirtschaftlich unterdrückten Länder des Südens, die aufgrund ökonomischer Abhängigkeiten und Spardiktaten von IWF und Konsorten mitziehen müssen.

Auf einer globalen Ebene ist der Umstieg auf einen „Grünen Kapitalismus" nicht vereinbar mit den Gesetzen der kapitalistischen Produktion. Daran werden auch grüne Parteien nichts ändern, da sich ihre Politik, so links sie auch erscheinen mag, immer an dem bürgerlichen Nationalstaat und dem kapitalistischen System orientiert. Diese Parteien sind durch und durch bürgerlich, sie haben kein Interesse am Sturz des Kapitalismus. Wenn die Grünen in der Regierung sind, fallen sie oft unter dem Druck von Kapitalinteressen um, wie man an der Zustimmung der Rodung des Hambacher Forsts zur Braunkohleförderung in Nordrhein-Westfalen sehen kann. Erst nachdem die Rodung für große Proteste sorgte und medial große Wellen schlug, inszenierten sich die Grünen scheinheiligerweise als große Unterstützer*innen der Bewegung. Auch hier in Österreich tragen die Grünen die rassistische und ausbeuterische Politik der ÖVP mit, solange sie hier und da mal eine Reform mit grünem Anstrich setzen können. Dass diese Reformen wirklich was bewirken werden, ist angesichts ihrer Koalition mit der ÖVP, oder mit anderen Worten der türkisen Hundeleine, die sie sich umschnallen ließen, mehr als illusorisch.

Um die Klimakrise endgültig zu lösen, ist der Sturz des Kapitalismus, die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Profit und Umwelt und der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft unabdingbar. Nur innerhalb dieser kann durch eine rätedemokratisch geplante Wirtschaft unter Kontrolle von Arbeiter*innen der reale Bedarf ohne jegliche Profitzwänge mit den uns gegebenen natürlichen Ressourcen in Einklang gebracht werden. Dabei sind auch nicht starre 5-Jahres-Pläne oder Zwangsrationierungen und dergleichen gemeint, wie viele reflexartig annehmen. Es geht nicht um die Verallgemeinerung eines Mangels, wie sie unter der ökonomisch isolierten UdSSR oder der DDR stattgefunden hat, sondern um die sinnvolle internationalistische Aufteilung des weltweiten Reichtums. Unter dem aktuellen technischen Stand (ob Kommunikation, Marktforschung, Energietechnik etc.) können flexible und umweltschonende Pläne, die die Bedürfnisse von Arbeiter*innen, Jugendlichen, Unterdrückten etc. miteinbeziehen, ohne Weiteres erstellt werden. Schon jetzt ist die Produktion größtenteils zentralisiert und bis in kleinste Detail geplant, nur mit dem wesentlichen Unterschied, dass es Monopole wie Nestlé sind, die nur Profitmaximierung betreiben. Die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen mit einem gleichzeitig schonenden Umgang unserer natürlichen Ressourcen ist auf jeden Fall möglich, wenn wir mit unserem jetzigen System brechen.

Deshalb müssen wir konsequent dafür eintreten, dass internationale Klimabewegungen und der Kampf gegen den Kapitalismus, sprich der Kampf der Arbeiter*innenklasse, verbunden werden. Auf ihrer Arbeit und Ausbeutung fußt das gesamte System, daher sind sie auch die entscheidende Kraft, die mit dem Mittel des Generalstreiks und anderen proletarischen Kampfformen das kapitalistische System effektiv zum Wanken bringen und letztlich auch stürzen kann. Die Frage der Umweltkrise ist daher keine eines klassenübergreifendes Schulterschlusses, sondern eine Klassen- und in letzter Konsequenz auch absolute Systemfrage!

FRIDAYS FOR FUTURE UND EXTINCTION REBELLION

Die internationale Klimabewegung hat, ohne Frage, momentan Fridays for Future und Extinction Rebellion an vorderster Front bzw. als Aushängeschild. Nicht zufällig; schließlich sind das die Gruppen, die sich indirekt selbst auch eher als die Bewegung verstehen und nicht nur als einzelne Organisationen.

Tina

Beide haben recht lose Selbstverständnisse und Forderungen, dafür aber ziemlich weitreichend gedachte Aktionsformen. Fridays for Future hat den Schulstreik und ähnliche Proteste für sich eingenommen und Extinction Rebellion arbeitet mit zivilem Ungehorsam, wie Blockaden und Ähnlichem.

Wir versuchen trotz den losen Forderungen, herauszuarbeiten, was die inhaltlichen Eckpfeiler der Organisationen sind.

»Wir fordern eine radikale Umweltschutzpolitik in Übereinstimmung mit dem 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens und globale Klimagerechtigkeit!« Das ist die wohl zentralste und inhaltlich unumstrittenste Forderung der FFF-Bewegung. Frei nach der Einschätzung von Greta Thunberg geht es der Bewegung nicht darum, konkrete Forderungen und Vorschläge für die Rettung des Klimas auszuformulieren, sondern stattdessen, die Entscheidungsträger*innen, auf Basis von Expert*innen-Meinungen, zur Handlung zu zwingen. Das größte Problem dieses Zugangs ist natürlich, dass die Entscheidungsträger*innen nicht nur ihren Wähler*innen verpflichtet sind, sondern viel mehr dem Kapital. Das bis jetzt Profit über dem Klima stand, ist kein Zufall. Wenn es weiterhin in der Verantwortung bürgerlicher Politiker*innen bleibt, dann werden die präsentierten Wege aus der Klimakrise heraus, immer nur Scheinlösungen bleiben, die die wirtschaftlichen Interessen von Staaten und Konzernen nicht gefährden.

Ähnlich wie in anderen Ländern gibt es aber auch für punktuelle Aktionen auch noch weitere (mehr oder weniger) konkrete Ideen. Zeitgleich wird versucht österreichweite Forderungen zu erarbeiten, die sich aber noch in einem Anfangsstadium befinden.

Zentral ist für FFF die Ausrufung eines Klimanotstandes. Dies ist zwar eine juristisch etwas schwache Kategorie, steht aber für eine damit verbundene Prioritätensetzung. Für sie hängt an der Ausrufung des Klimanotstandes auch eine Transparenz der Regierung in Fragen der Klimapolitik gegenüber der Bevölkerung und eine Orientierung an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und des Austrian Panel on Climate Change (APCC). Wie das konkret aussehen soll und wer die Entscheidungsträger*innen kontrolliert etc. bleibt aber unkonkret.

Problematischer ist die Forderung einer ökosozialen Steuerreform, die als Mittelpunkt eine Form der Emissionssteuer hat. Zusätzlich soll aber auch Kapital stärker besteuert und progressive, höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen eingeführt werden. Der Gewinn aus dieser Steuerstrukturierung soll dann für Klimapolitik und soziale Leistungen verwendet werden. Die Frage einer Emissionssteuer ist eine Ablenkung, es gibt kaum empirisch nachgewiesene Erfolge dieser Strategie, bzw. ist der positive Einfluss zu gering, als, dass er rechtzeitig die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels ermöglicht. Es ist betonenswert positiv, dass FFF sich auf die sozialen Aspekte einer solchen Steuerreform konzentriert, allerdings stößt sie schnell an ihre Grenzen, wenn man bedenkt, dass hier immer nur im Mittelpunkt steht, wie innerhalb des Marktes Mechanismen für eine grüne Zukunft geschaffen werden können. Der Markt ist adaptiv, wenn es darum geht Maßnahmen umzusetzen, die wenig Relevanz für Profite haben oder sie sogar erhöhen. Der Umstieg auf erneuerbare Energie und klimaschonendes Verhalten erfüllt beides nicht. Die Debatte rund um diesen Umstieg ist zwar jetzt präsenter denn je, aber gestritten und Druck für die Umsetzung ausgeübt wird bereits seit vielen, vielen Jahren – Wenn sie es solange geschafft haben, sich gegen diese Umstellung zu wehren, dann schaffen sie es ohne radikalem Widerstand auch noch länger.

Bis 2030 soll außerdem der komplette Ausstieg aus dem fossilen Energie-Sektor geschafft und die Emissionen bei null angelangt sein. Der Weg dorthin wird größtenteils den Entscheidungsträger*innen überlassen.

Wie wir sehen, ist das größte Problem an FFF die Umsetzung ihrer Forderungen. Den Aspekt des Druck Ausübens und die theoretische Einsicht zur Vernetzung der Bewegung (wohlgemerkt nicht der Kämpfe – FFF ist weit davon entfernt sich mit anderen Aspekten des Klassenkampfes zu solidarisieren, geschweige denn, sich als linke Bewegung zu begreifen), bietet viel Potenzial. Die meisten ihrer Forderungen sind erstrebenswert.

Extinction Rebellion hat einen etwas kürzeren Forderungskatalog als FFF, in ihren Prinzipien und Werten geht es mehr um die Aktionsformen (gewaltfreier, ziviler Ungehorsam) und die Organisationsstrukturen (dezentrale Organisierung, Machtstrukturen in Frage stellen etc.).

Aber ist ziviler Ungehorsam tatsächlich so eine radikale Taktik, wie viele Medien uns glauben machen wollen? Ziviler Ungehorsam, speziell der komplett gewaltfreie, dient der Aufmerksamkeitserregung und versucht auf Missstände mit gezieltem, und zum Teil angekündigten Regelbruch aufmerksam zu machen. Die Aufmerksamkeit, die erregt wurde, soll dann anregen die Missstände, gegen die protestiert wurde, zu ändern - die Aktionen selbst können und sollen das nicht alleine erreichen. Der Ball liegt also bei dieser Form der Aktion im Feld der bürgerlichen Regierungen und Unternehmen. Es wird an eine Vernunft und Einsicht bei Leuten appelliert, die Jahrhunderte lang bewiesen haben, dass sie ohne eine kollektive Planung und ausschließlich mit reiner Profitgier agieren. Es wird also an etwas appelliert, dass es nicht wirklich gibt. Radikal sein heißt vielmehr: Streiken, Organisieren, enteignen und alternative Formen der Planung und Kontrolle aufbauen. Aber zu zwei dieser Punkte hat Extinction Rebellion auch tatsächlich zusätzliche Pläne.

Ihre 3 Hauptforderungen sind: 1. Die Wahrheit offenlegen, 2. Klima & Ökologische Mobilisierung und 3. Schaffung einer Bürger*innenversammlung. Nummer 1 und 2 sind schnell erklärt. Eine transparente Aufarbeitung der Medien und Gesetzgeber*innen zu umweltschädlichen Geschehnissen und die Rücknahme aller Gesetze, die als klimafeindlich eingestuft werden. Die Mobilisierung passiert ohnehin gerade, soll aber auch einen rechtlichen Ausdruck bekommen. Die 3. Forderung klingt allerdings etwas ungewöhnlich. Die Schaffung einer Bürger*innenversammlung steht bei wenigen kleinbürgerlichen Bewegungen auf der Tagesordnung. Extinction Rebellion stellt sich dieses Gremium als ein Kontroll- und Steuerungsorgan vor, das die Umsetzung von klimarettenden Maßnahmen überwacht und den Übergang hin zu einer „zweckmäßigen Demokratie" vorbereitet. Die Forderung klingt ähnlich, wie das, was wir uns unter einer Rätedemokratie vorstellen. Bei genauerem Hinsehen vertritt sie allerdings ein ziemlich anderes Konzept. Die Bürger*innenversammlung wird, wie bei einer Jury, ausgelost und ist recht einfach mit der bürgerlichen Demokratie zu vereinbaren. Es gibt auch bereits viele Beispiele wo solche Versammlungen genutzt wurden um Fehler der Parlamente und Entscheidungsträger*innen auszugleichen.



„Rebellion Day" in London 2018 | Foto: Julia Hawkins

Unsere Vorstellungen von Räten sind nicht ergänzende Beiträge zur bürgerlichen Demokratie, sondern Institutionen, die sie auch ersetzen sollen. Sie sind verwachsen mit uns und unserem täglichen Leben. Jede Person beteiligt sich an der Mitgestaltung und Kontrolle. Allerdings ist der Vorschlag ein guter Ansatz um auf dieses tatsächliche Rätekonzept aufmerksam zu machen. Leuten, die diese Forderungen aufstellen, ist klarer, dass die bürgerliche Politik alleine uns nicht mehr retten wird.

Aber Bewegungen sind mehr als nur eine Aneinanderreihung von Forderungen und eine Aktionsform. Die Frage stellt sich, wohin führen die Forderungen in letzter Instanz und wie weit ist die Bewegung bereit zu gehen um diese durchzusetzen. FFF selbst schreibt sogar bei ihren Nationalen Forderungen „Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel!", wirkt also bereit, auch mit dem kapitalistischen System zu brechen (auch wenn unklar ist was sie stattdessen wollen). Widersprüchlich ist aber, dass sie trotzdem an die Entscheidungsträger*innen desselben Systems appellieren, die unseren Planeten erst in diese Situation gebracht haben. Wie die Bewegung häufig und zu Recht betont: Uns läuft die Zeit davon. Wenn wir erst mit der Regierung und dem kapitalistischen System brechen, wenn sie uns und unseren Planeten verraten haben, dann ist es zu spät.

Wir fordern deshalb innerhalb der Bewegung:

» *Die Gründung von linken Schulkomitees, die sich an der Schule für Klimagerechtigkeit und die Proteste einsetzen.*

» *Es geht um Klasseninteressen, nicht um Unwissenheit! Kein Vertrauen in die Regierung zur Umsetzung der Forderungen – stattdessen Selbstorganisation und Enteignung.*

» *Wir kämpfen für eine linke, antikapitalistische Ausrichtung! Es ist klar, dass es von rechts keine Antworten geben wird.*

» *Verbindung der Kämpfe der Arbeiter*innen und der Schüler*innen. Klimagerechtigkeit geht uns alle was an. Gewerkschaften müssen für die Klimastreiks gewonnen werden!*

KONSUMKRITIK OHNE SYSTEMKRITIK?

Mittlerweile liest man es überall. Unser Planet ist existentiell bedroht. Durch die massenhafte Klimabewegung, wird nun die Bedrohung in den öffentlichen Diskurs gedrängt und nach einem nachhaltigeren Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen gefordert.

Nahid

Der Begriff "Nachhaltigkeit" tauchte im Jahr 1987 erstmals auf und gewann durch den berühmten Bericht "Our Common Future", veröffentlicht von der UN, an großer Bedeutung. Fünf Jahre später wurde auf dem Earth Summit die Umweltfrage als globales Problem benannt und die "nachhaltige Entwicklung" zum politischen und ökonomischen Ziel erklärt. Mit Fridays for Future gibt es heute eine große Jugendbewegung durch die sich viele junge Menschen das erste Mal auf die Straßen bewegen um zu protestieren. Aber auch der individuelle Zugang zu diesem Thema ist mit Trends wie Veganismus und Zero Waste weit verbreitet. Außerdem gewinnen gegenwärtig grüne Parteien immer mehr an Aufmerksamkeit, versprechen sie doch eine alternative Umweltpolitik.

In der momentan geführten Umweltdebatte, sind Green Economy und Green Growth die zwei Schlagwörter, wenn es darum geht, innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine Umweltkatastrophe zu verhindern. Das steigende Interesse von Politiker*innen an Green Technology liegt an der Erkenntnis, dass Ressourcen endlich sind, und sich somit das Ende des Wirtschaftswachstums nähert. Dies bedeutet weniger Profite. Die herrschende Klasse fokussiert sich daher auf alternative Technologien, lässt die soziale Frage aber komplett aus. Sie ist bemüht einen "grünen Kapitalismus" einzuführen. Diese erneuerbaren Energien sind in der Realität aber oft nicht so grün, und viele neue Energieprojekte gehen mit großen sozial-schädlichen Folgen einher. Beispielsweise führt der extreme Anbau von Biomasse für die Produktion von Treibstoffen dazu, dass Ackerland in Besitz großer Unternehmen kommt und, infolgedessen, die Landbevölkerung vertrieben wird. Auch Wasserkraft durch Staudämme ist oft äußerst problematisch. 2015 wurde die weltweite Stromerzeugung zu 16% aus Wasserkraft gewonnen und machte damit 70% der erzeugten erneuerbaren Energien aus. Die sozioökonomischen Auswirkungen waren jedoch bei weitem nicht nur positiv und führten dazu, dass vor und bis 2000 der Trend immer mehr abgeklungen ist. Durch die laute Debatte über Treibhausgase konnte diese Methode der Stromerzeugung aber erneut aufsteigen, da die Unternehmer*innen damit werben, und es sogar in der UN anerkannt ist, dass es sich hier um eine treibhausgasarme Technologie handelt. Das ist aber nicht so einfach. Stauseen stoßen durch unter Wasser verrottete Pflanzen große Mengen an Methan aus. Zusätzlich werden in vielen Fällen für den Bau eines solchen, Tausende, manchmal sogar deutlich mehr Menschen vertrieben, Fischpopulationen und die Ökologie intakter Flusssysteme zerstört und dazu etliche Arbeitsrechte verletzt. Das Narmada-Staudammprojekt in Zentralindien ist genau so ein Fall. In Dal, dem Ort und die Umgebung, die bei der Erstellung geflutet wurden, mussten 320 000 Menschen ihr Zuhause verlassen und von vielen weiteren ist die Lebensgrundlage stark gefährdet. Auch in der Türkei wird momentan an einem gigantischen Staudammprojekt an Euphrat und Tigris plus der Nebenflüsse gearbeitet. Der Bau bedient sich vor allem der kurdischen Landfläche. Dort hat das Ganze zusätzlich auch noch geopolitische Motive, da die Flüsse ebenfalls durch Syrien und den Irak fließen. Die Nutzung wird für die Länder durch das Südostanatolien-Projekt stark beschränkt. Der Stausee Atatürk hat den Euphrat zeitweise fast trockengelegt. Die Türkei hat sich somit ein Druckmittel geschaffen und ist nun in der Lage, Syrien und den Irak politisch zu erpressen. Aber auch wichtige historische und archäologische Stätten wie z. B. die antike Metropole Samosata wurden durch den Staudamm dauerhaft überflutet. Die Problematik macht sich anhand dieser Beispiele deutlich sichtbar. Die Branche von erneuerbaren Energien unterscheidet sich wenig von der Branche anderer Technologien. Sie ist auf Profit aus und nimmt die Ausbeutung von Natur und Mensch in Kauf.

Das Programm CDM – Clean Development Mechanism – ist ein von der UN vorgegebener Mechanismus um Treibhausgase zu reduzieren und Entwicklungsländer bei einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen. Der Trick an der Sache ist aber, dass Unternehmen neue Energieprojekte in den sogenannten Entwick-

lungsländern als "Entwicklungshilfe" anpreisen und somit die Ausbeutung neuer Flächen und Arbeitskräfte rechtfertigen können. Noch so ein Spaß ist REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation), ein Programm, um die Entwaldung zu reduzieren. Das führt meist dazu, dass traditionelle Gemeinschaften die Kontrolle über ihr Territorium verlieren und Land privatisiert wird. Die Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage, weil es im legalen Rahmen möglich ist, ein Stück Erde aufzukaufen und für sich zu beanspruchen.

Der Begriff "Umweltparadoxon" beschreibt, warum wir uns im Westen eher unverantwortlich für die Krise fühlen. Oftmals ist in den Ländern, in denen der Ressourcenverbrauch besonders hoch ist, die Umweltzerstörung deutlich niedriger als in denen, wo der Ressourcenverbrauch gering ist. Das liegt daran, dass reiche Länder es sich leisten können, ihre Produktion in Regionen ärmerer Gesellschaften auszulagern und gleichzeitig mehr Ressourcen haben, um die Auswirkungen von Umweltzerstörung und Klimawandel zu schwächen. Das beinhaltet die Auslagerung von umweltschädlicher Rohstoffförderung, Industrieproduktion und landvernutzender Agrarwirtschaft. Daher können die negativen Umweltauswirkungen nicht anhand interner Kerndaten eines Landes beurteilt werden. Es müssen immer auch Material und Energieflüsse an Ressourcen und Abfallprodukten mit anderen Ländern einkalkuliert werden. Diese Auslagerung in ärmere Länder ist auch deshalb so beliebt, weil sie nachlässigere Umweltauflagen haben, eine steigende Profitrate durch die Billiglöhne ermöglichen und somit zu mehr Profit führen.

Zwei Drittel aller Emissionen werden von gerade mal 90 Unternehmen verursacht. Der Emissionshandel soll dem entgegenwirken. Viele Schlupflöcher machen diesen jedoch nutzlos und durch die CO2-Steuer werden die Kosten für Umweltzerstörung von den Unternehmen an die Konsument*innen weitergegeben, was vor allem geringere Einkommen stärker belastet.

Wir sehen, dass die Lösungsansätze für einen grünen Kapitalismus nicht fruchten und niemals zu einer allgemein umweltfreundlichen Produktion führen können. Als Konsument*innen haben wir auch zu keiner Zeit den vollen Einblick in die Produktionsverhältnisse, da Kapitalist*innen viel dafür tun, um diese von uns fern zu halten und uns zu täuschen. Beispielsweise werden inkorrekte Zertifikate entwickelt, die oft nur zum sogenannten "Green Washing" dienen. Nicht selten werden Produkte mit Gütesiegeln beklebt, die nie offiziell zertifiziert wurden. Durch den Bio- und Fair Trade-Stempel lassen sie sich teurer verkaufen und für Leute, die sich diese Produkte leisten können, ist das Gewissen schnell mal beruhigt.
Nachhaltigkeit ist "In" geworden und geht mit den verschiedensten Trends einher. Minimalismus, Zero Waste, Veganismus und viel Weiteres sollen die Umweltzerstörung aufhalten. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass die Klimarettung keine "individuelle Sache" ist, sondern eine Klassenfrage. Menschen mit Geld, können es sich aussuchen in welcher Klimazone sie leben – Arbeiter*innen jedoch nicht. Es braucht eine radikale Veränderung in Produktion und Verteilung. Die Produktion muss unter Arbeiter*innenkontrolle gebracht werden und sich nach Mensch und Umwelt richten, nicht nach dem Profit. Denn solange die Produktionsmittel im Besitz der Kapitalist*innen sind, wird auch in deren Interesse produziert. Ein bewusster Konsum ist natürlich nicht schlecht, aber der Kampf darf hier nicht aufhören. Der Individualismus kann für das kollektive Bewusstsein extrem schädigend sein und viele Menschen daran hindern, sich zu organisieren. Wir bekommen von 100 Ecken zu hören, dass wir ganz allein für unser Leben zuständig sind und es wird so getan, als hätten die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen kaum, bis keinen Einfluss auf unsere Lebensführung. Diese "Ich-bezogene Weltanschauung" funktioniert vielleicht für die Privilegierten, doch es ist die globale Arbeiter*innenklasse die am meisten darunter leidet und der kollektive Widerstand, der damit deutlich geschwächt wird.

Öko-Influencer*innen bewerben teure Fair Trade-Kleidung und Expert*innen schieben die Schuld auf Fleisch-Konsument*innen, die sich nicht dem Bio-Regal bedienen. Dass die Entscheidungsfreiheit für den Großteil der Menschheit durch große Kosten von "nachhaltigen" Produkten begrenzt ist, spielt für solche Personen keine Rolle. Statt tatsächlichen Widerstand aufzubauen, inszeniert man sich lieber selber. Und gerade die Grünen werben genau mit solchen Menschen für sich und zeigen damit abermals ihren kleinbürgerlichen Geist.

Wenn wir also davon sprechen, dass Fliegen enorm schlecht für das Klima ist, dann lasst uns noch hinzufügen, welche Unternehmen noch das Zigfache zu der Umweltzerstörung beitragen. Beispielsweise stößt das Kraftwerk Neurath, das größte in Deutschland und zweitgrößte Braunkohlekraftwerk Europas, so viel CO2-Äquivalente aus, wie der gesamte innerdeutsche Flugverkehr in 12 Jahren. Die Energieproduktion gehört somit stark reguliert und von der Arbeiter*innenklasse kontrolliert. Weiter muss vom Individualverkehr auf effektiv öffentliche Verkehrssysteme umgestiegen werden und dieser für jeden und jede leistbar werden. Auch die Wissenschaft darf nicht mehr als Privateigentum gehandhabt werden. Wir brauchen eine von Kapitalinteressen unabhängige Forschung um grüne Alternativen für die Produktionsentwicklung zu finden.

Wir sehen, dass die größten Umweltprobleme nicht von einem alternativen Lifestyle zu beheben sind. Durch laute Debatten über Plastikstrohhalme lenkt die Politik von dem wahren Übel ab: Der kapitalistischen Produktion. Uns fehlt die Zeit Politiker*innen beim Diskutieren zuzuschauen, um dann zu lesen, dass die Beschlüsse erst recht nicht eingehalten werden. Wir müssen jetzt anfangen individuelle Handlungen mit kollektivem Widerstand zu verbinden. Lasst uns also gemeinsam gegen die Umweltkatastrophe kämpfen und auf die Straßen gehen. Das ist unsere Erde und die letzte Chance die wir haben!

GLOBALER RECHTSRUCK – NEUE RECHTE BEDROHUNGEN

Wenn auf Demos „Hinter dem Faschismus steckt das Kapital!" gerufen wird, was genau ist eigentlich damit gemeint? Was sind Nazis, was sind Neonazis? Auf wen trifft diese Bezeichnung hingegen nicht zu? Und – vielleicht am Wichtigsten – wie geht man als Linke effektiv gegen Rechtsradikalismus vor?

Hannah

Über Brexit und Bolsonaro, von Argentinien bis Russland: Die politische Weltlage scheint sich zunehmend nach rechts zu entwickeln.Besonders seit der Weltwirtschaftskrise 2008 lässt sich ein signifikanter Zuwachs an ökonomischer (und somit auch politischer) Instabilität festmachen. Während linke Parteien dieser Unsicherheit – zumindest global betrachtet – bislang keine überzeugende Alternative entgegenstellen konnten, bietet der Rechtsruck vor allem für rechte Parteien und Gruppierungen eine Chance, Wähler*innen auf ihre Seite zu ziehen. Doch rechts ist nicht gleich rechts. So umfasst auch die momentan international beobachtbare politische Tendenz mehrere Dimensionen.

Um bestimmte Gruppen oder Parteien im wilden, diversen Gemenge der Rechten verorten zu können, gehen wir als Trotzkist*innen im Großen und Ganzen von einer Dreiteilung aus. Erstens kann man von etablierten konservativen Parteien (wie beispielsweise der ÖVP in Österreich) sprechen, welche sich im Zuge des Rechtsrucks natürlich auch selbst weiter nach rechts bewegen. Damit öffnen sie auch den Spielraum für andere, noch rechtere Parteien und Gruppen und arbeiten auch teilweise mit diesen zusammen.
Die zweite bestimmbare Kategorie sind „etablierte" rechtspopulistische Parteien, wie etwa die französische Rassemblement National (ehem. Front National) oder die österreichische Freiheitliche Partei. „Populismus" bezeichnet hier eine politische Methode, bei der durch berechnende und hetzerische Rhetorik und das Anbieten einfacher vermeintlicher Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme weite Teile der Wähler*innenschaft angesprochen werden sollen.

Rechtspopulistische Parteien erfreuen sich momentan nahezu weltweit an großer Beliebtheit – und das vor allem bei Wähler*innen der Arbeiter*innenklasse. Warum jedoch lassen sich gerade Arbeiter*innen für rassistische und sexistische Ideen begeistern? Vereinfachend kann man hier Folgendes festhalten: Wir meinen, dass wirtschaftlich krisenhafte Phasen dem Kapitalismus inhärent sind und diese die Reichen reicher und die Armen ärmer machen. Bestimmte Widersprüche und Ungleichheiten im kapitalistischen System werden von rechtspopulistischen Parteien auch erkannt, doch anstatt deren Ursachen zu benennen, beruft man sich auf „Buhmänner" und verbreitet rassistische, sexistische, homophobe Politik, die die Klassengegensätze zwischen Arm und Reich in den Hintergrund rückt. Konkrete Forderungen derartiger Parteien sind aber weniger im Interesse der Arbeiter*innenklasse als in jenem der Bourgeoisie: So hat sich die FPÖ nicht davor gescheut, den 12-Stunden-Tag einzuführen, also eine Erhöhung der Arbeitszeitobergrenzen. Die arbeiter*innenfeindliche Politik der Schwarz-Blau Regierung kann dabei als mustergültiges Beispiel genommen werden, wie sehr die Interessen vom Kapital mit denen von Rechtspopulisten, so sozial sie sich auf der Oberfläche auch präsentieren mögen, verwoben sind.
Die dritte, sich deutlich von den ersten beiden Kategorien unterscheidende Gruppierung betrifft faschistische, militante Organisationen. Aber was genau ist eigentlich Faschismus? Zurückgeführt werden kann die Bezeichnung auf italienische Kampfbünde – sogenannte „fascios" – zu Zeiten des diktatorischen Regimes Mussolinis. Ein wichtiges Kennzeichen faschistischer Gruppierungen ist die paramilitärische Aufstellung und meist auch Aufrüstung und diesbezügliche Kampfbereitschaft. Erscheint der Begriff nun nach wie vor schwammig, ist das kein Wunder: Seine Bedeutung wird seit Jahrzehnten diskutiert, und die Definitionen beziehungsweise Kriterien variieren je nach Analyse oder Denkrichtung.
Aus trotzkistischer Sicht kann man Faschismus als Bewegung betrachten, welche sich in Zeiten sozialer Krisen aus dem Klassenkampf entwickelt. Eine wichtige Rolle spielt hier das Kleinbürger*innentum, welches in wirtschaftlich stabilen Zeiten einen relativ sicheren Stand in der Gesellschaft genießt, dieses Privileg bei den bereits erwähnten Krisen jedoch zu verlieren droht und das Klassenverhältnis folglich umkrempeln muss, um die eigene Stellung nicht zu verlieren. Je nach historischen

Umständen läuft die Entwicklung und Radikalisierung zum Faschismus hin unterschiedlich ab. Dennoch ist allen faschistischen Bewegungen gemeinsam, dass sie Klassenlinien weitgehend ausblenden, sich stattdessen auf eine „völkische", antidemokratische und anti-egalitäre Ideologie berufen und Menschen ihre Wertigkeit nach Ethnie, Geschlecht und politischer Ideologie zusprechen. Und unabhängig davon, ob sich die jeweilige faschistische Organisation als antikapitalistisch versteht oder nicht: All diese Aspekte lassen immer auch eine gespaltene und geschwächte Arbeiter*innenklasse zurück. Die erfolgreiche Machtübernahme faschistischer Parteien kann im Wesentlichen darauf zurückgeführt werden, dass sie erstens die Arbeiter*innenbewegung und ihren Organen, denen es nicht gelungen ist eine revolutionäre Alternative zum gescheiterten bürgerlichen System zu bieten, zerschlagen und die enttäuschten Massen auf ihre Seite ziehen. Zweitens schlägt sich das in die Ecke gedrängte Kapital auf die Seite des Faschismus, wenn der Rahmen der bürgerlichen Demokratie nicht mehr ausreicht um die Macht der Bourgeoise aufrechtzuerhalten und die Enteignung droht.

Was rechtspopulistische und faschistische Gruppierungen teilen, ist die Selbstpräsentation als „Kämpfer*innen gegen das Establishment'", die Betonung des „ehrlichen, hart arbeitenden Volkes" sowie das Ausklammern von Klassengegensätzen. Der wesentliche Unterschied besteht aber in der Radikalität der Forderungsdurchsetzung und der grundsätzlich antidemokratischen Haltung des Faschismus.



Häufig begeht man den Fehler, rechtspopulistische oder sogar „bloß" konservative Parteien als faschistisch einzustufen, womit man nicht nur die Gräuel real faschistischer Regimes herunterspielt, sondern auch taktisch völlig falsch vorgeht. Einer militanten, zur Gewalt bereiten Organisation muss man eine andere Haltung entgegenbringen als einer in ihrer politischen Praxis zwar de facto rassistischen, aber immer noch vergleichsweise „gemäßigten" Partei. Sehr wohl sollte man hier jedoch das Programm rechtspopulistischer Parteien von Statements, Handlungen und Verbindungen einzelner Mitglieder unterscheiden. Denn solche können persönlich sehr wohl faschistisch ausgerichtet oder vernetzt sein. Auch eigentlich faschistische Gruppierungen arbeiten mit Rechtspopulist*innen zusammen und vermitteln so zwischen verschiedenen rechtsradikalen Ideologien. Ein hervorragendes Beispiel wäre hierfür die Identitäre Bewegung Österreichs, deren Demos immer wieder von FPÖ-Mitgliedern besucht wurden. Von gemeinsamen Konferenzen ist ebenso die Rede. Darüberhinausgehend wurde der Gruppierung das von ihnen als „Zentrum" genutzte Büro vom Grazer FPler Heinrich Sickl vermietet. Seit dem Skandal um eine Spende des Christchurch-Attentäters an Identitären-Chef Martin Sellner wird darauf geachtet, offensichtliche Verbindungen zu leugnen oder gänzlich zu kappen. Allerdings verhalfen die Identitären Ex-Parteichef HC Strache durch einen Werbefeldzug (selbst nach der Causa rund um Sellner) zu einem Mandat im EU-Parlament.

Wer nun auf der Website der Identitären Bewegung herumstöbert, wird statt expliziten Nazisymbolen und vulgären Reden schlichtes Design und eine quasi-seriöse Aufmachung vorfinden. Auf den ersten Blick mag alles vergleichsweise harmlos wirken. Damit erfassen die Identitären eine wesentliche Komponente der „Neuen Rechten", einer relativ uneinheitlichen, aber doch rechtsradikalen politischen Strömung. Diese wird als „neu" bezeichnet, weil man sich von vielen Begriffen der „alten Rechten" (jener zur Zeit des Nationalsozialismus) abzugrenzen versucht. Diese vermeintliche Abgrenzung findet jedoch nur auf oberflächlicher Ebene statt: So orientiert sich die neurechte Ideologie stark an den Denkern der konservativen Revolution zur Zeit der Weimarer Republik. Man bemüht sich jedoch darum, ebendieser Ideologie einen „modernen, freundlicheren" Anstrich zu verpassen. Daneben gilt es weniger als Ziel der Neuen Rechten, stabile politische Parteien zu konstituieren, sondern vielmehr einen prominenteren Platz in allgemeinen, öffentlichen Diskussionen einzunehmen und letzten Endes den „Kampf um die Köpfe" für sich zu gewinnen. Zunächst harmlos klingende Begriffe wie jener des „Ethnopluralismus" – der ihrer Propaganda von „Apartheid" dient beziehungsweise ihren Irrsinn von „Weltsystem" mit strikt voneinander abgegrenzten „Kulturgruppen" beschreibt, die sich ja nicht miteinander „vermischen" sollen – verschleiern mitunter den frappanten Rassismus und die rohe Brutalität der Gruppierungen. Der anscheinend seriöse Auftritt macht die Neuen Rechten oftmals weniger angreifbar.

Vor dem Hintergrund derselben neurechten Ideen, aber angesichts ihrer Annahme der größeren Bereitschaft der Bevölkerung, faschistische Ideologien zu akzeptieren, positionieren sich die Bewegungen CasaPound

in Italien und Goldene Morgenröte in Griechenland offen als Neonazis. Wie und wodurch diese „Bereitschaft" überhaupt entstanden ist, hängt natürlich von bestimmten historischen Faktoren ab. Doch Italien und Griechenland sind jedenfalls Staaten, deren wirtschaftliche Lage nachhaltig von der kapitalistischen Krise geschädigt wurde. Und mangelnde Sozialleistungen sowie hohe Armutsgefahr bieten erfahrungsgemäß fruchtbaren Boden für neonazistisches Gedankengut. Beide Gruppierungen stellten im Lauf der Jahre sogar eigene, nicht unerfolgreiche Parteien auf. Glücklicherweise ist die Goldene Morgenröte jedoch kürzlich aus dem Parlament geflogen – vor allem dank linker Bündnisarbeit und Mobilisierung vor den Wahlen. Momentan befindet sich der gesamte Parteiapparat vor Gericht – aufgrund verschiedener Anschläge gegen Flüchtlinge und der Ermordung des antifaschistischen Rappers Pavlos Fyssas.

Einzug ins Kabinett hat der Faschismus hingegen in Brasilien gehalten. Präsident Bolsonaro vertritt faschistische Positionen gegenüber Frauen, Linken, LGBTQ+-Personen und indigenen Bevölkerungsgruppen und hinter ihm sammeln sich neben Militär und Polizeikräfte auch paramilitärische Gruppierungen. Er verherrlicht die brasilianische Militärdiktatur, hat als eine der ersten Amtshandlungen Sozialleistungen gekürzt und weite Teile des Regenwaldes, ganz ohne Rücksicht auf Indigene oder Umwelt, als Agrarflächen freigegeben. Auch die in Brasilien ohnehin bereits massive Gewalt gegen Frauen und Homosexuelle wird sich unter Bolsonaro vermutlich noch weiter verschärfen. Dennoch ist Brasilien – da es sich bei aktuellen politischen Entwicklungen bislang nicht um eine militante Massenbewegung handelt – noch kein vollends faschistischer Staat. Schaffen es die Arbeiter*innenklasse respektive die Zivilbevölkerung, sich gegen Bolsonaro zu organisieren und ihn letztendlich zu stürzen, kann die faschistische Gefahr – zumindest fürs Erste – abgewendet werden.

Zum Abschluss dieses Artikels sei Folgendes festgehalten: Faschismus zu bekämpfen ist kein leichtes Unterfangen! Denn bei den meisten Faschist*innen handelt es sich nicht um zufällig in die rechte Szene hineingerutschte Laien, sondern um gut in ihrer Ideologie geschulte Menschen, die sich nicht mit simplen Argumenten zum Sozialismus konvertieren lassen. Auch kann man sich nicht darauf verlassen, dass der bürgerliche Staat im Kampf gegen Faschismus als Partner der Linken fungieren wird, dient er doch jenen Mächten, aus denen sich faschistisches Gedankengut herausentwickelt. Als Linke ist es hingegen wichtig, die wahren Ursachen wirtschaftlich krisenhafter Phasen akkurat zu benennen und dort Perspektive zu bieten, wo rechtspopulistische und faschistische Parteien die Arbeiter*innenklasse bislang nur in Sackgassen geführt haben. Da Gruppierungen der äußersten Rechten oft genug gezeigt haben, dass sie zu physischer Gewaltanwendung mehr als nur bereit sind, muss weiter die Frage der antifaschistischen Selbstverteidigung aufgeworfen und diskutiert werden. Und zuletzt muss man sich immer wieder vor Augen führen: Um langfristig das zu halten, was er verspricht, muss ein antifaschistischer Kampf auch antikapitalistisch sein!



Demonstration gegen Bolsonaro in Porto Alegre 2018 | Foto: CPERS Sindicato

FRAUEN UND LGBT+ PERSONEN IN KRISE & RECHTSRUCK

Seit der letzten Finanzkrise im Jahr 2008, und spätestens seit dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise" 2015, können wir weltweit ein Erstarken der politischen Rechten beobachten.

Cara & Livia

In den vergangenen Jahren gelang es einigen rechtspopulistischen Parteien an Einfluss zu gewinnen und manchen sogar, eine Regierung zu stellen. Das beobachten wir nicht nur in Europa mit der FPÖ in Österreich, der deutschen AfD oder dem Rassemblement National in Frankreich, sondern auch international. So sitzen zum Beispiel Bolsonaro in Brasilien, Modi in Indien, Trump in den USA oder Putin in Russland an der Macht, um nur einige Beispiele zu nennen. Sie alle verfolgen einen rechtspopulistischen Kurs, der sich gegen das politische Establishment richtet, gegen Minderheiten vorgeht und durch Angst und Hass die Gesellschaft spaltet.

In der Regel bekommen marginalisierte Gesellschaftsgruppen die Konsequenzen solch einer Politik als erstes zu spüren und sind meist auch am härtesten betroffen. Besonders jetzt, wo wir laut Prognosen wieder vor einer Finanzkrise stehen könnten, können wir nicht mit einer Verbesserung der Umstände rechnen. Im Gegenteil, soziale Spannungen werden sich weiter zuspitzen. Dieser Artikel behandelt speziell die systematische Gewalt gegen Frauen und die LGBT+ Community, Gewalt gegen Individuen sowie Angriffe auf ihre Rechte.

Wir können die ersten Tendenzen des internationalen Rechtsrucks auf die Zeit der Finanzkrise 2008/09 zurückführen. Dieser Rechtsruck bringt eine Verschlechterung der Lage der Frauen und LGBT+ Personen mit sich. Seit nun schon mehr als 10 Jahren können wir einen steigenden Konkurrenzdruck zwischen imperialistischen Ländern und die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals sehen. Dies äußert sich beispielsweise in kriegerischen Auseinandersetzungen, wie etwa in Syrien, der Ukraine oder im Iran, wo die gegenwärtig angespannte Situation schnell in einen Krieg ausarten kann. Um die nationale Abschottung und die neoliberale Ausbeutung ideologisch zu legitimieren wird oftmals rassistische, populistische Hetze angewandt. Mit der zunehmenden Fokussierung auf den Nationalstaat geht auch ein Wiederaufleben der Werte der bürgerlichen Familie einher. Die Familie dient im Kapitalismus vor allem als Ort der Reproduktion und ist daher essentiell für Kapitalist*innen, da ein Großteil der unbezahlten Arbeit dort stattfindet. Diese Arbeit, d.h. Hausarbeit und Kindererziehung, wird immer noch weitgehend von Frauen getragen, was neben der Lohnarbeit eine Doppelbelastung darstellt. Mit dem Erstarken der Rechte geht auch ein Abbau des Sozialstaats einher. Die dadurch zusätzlich anfallende Arbeit wie Altenpflege oder Pflege von kranken Familienmitgliedern wird in den meisten Fällen ebenfalls von Frauen übernommen.

Mithilfe von, in rechten und konservativen Ideologien weit verbreiteten, Stereotypen, wird diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zusätzlich legitimiert und aufrechterhalten.

Das Erstarken der Geschlechterklischees führt zu Angriffen auf all jene, die den gängigen Vorstellungen und traditionellen Rollen nicht entsprechen: Gegen Frauen, wenn sie mehr als nur untergeordnete (Haus-)Frauen und Mütter sein wollen, gegen LGB+ Personen, weil sie die Erwartungen der traditionellen Kernfamilie nicht erfüllen oder gegen Trans-Personen, weil sie in dieser Rollenverteilung von Grund auf nicht vorgesehen sind. Dies manifestiert sich beispielsweise in den Debatten bezüglich der Selbstbestimmung über den eigenen Körper der Frau. So konnten wir in den letzten Jahren immer häufiger beobachten, wie rechtspopulistische Parteien versuchen, das Recht auf Abtreibung einzuschränken. Bis jetzt konnten die wenigsten dieser Gesetze in Kraft treten, jedoch nur durch ständige Anstrengungen von Aktivist*innen und teils landesweiten Protesten, wie sie beispielsweise in Polen stattfanden. Damit ist die Gefahr jedoch nicht abgewandt, denn es bestehen weiterhin Bemühungen aus den konservativen und rechten Lagern, die Rechte auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper einzuschränken. In den USA etwa schlossen seit 2012 166 unabhängige Abtreibungskliniken, das sind 32%, Großteils durch Beschlüsse der Gesundheitsämter in den jeweiligen Bundesstaaten.

Der Druck und die Angriffe auf Frauen und LGBTQ+-Personen nimmt seit einigen Jahren erneut zu. So können wir in Österreich in den letzten Jahren zum Beispiel einen enormen Anstieg an sexualisierter Gewalt gegen Frauen beobachten. Diese äußert sich auf verschiedenste Weise, etwa in Form von sexueller Belästigung, Stalking, sexueller und/oder körperlicher Gewalt und gipfelt in Femiziden - Morden an Frauen, bei denen die Täter ein familiäres oder Beziehungsverhältnis zu der Betroffenen hatten. So hat sich die Femi-

zidrate, in Österreich seit 2014, mit 19 Opfern, bis 2018 mit 41, mehr als verdoppelt. Das sind etwa 3 Frauenmorde pro Monat in Österreich. Statt betroffenen Frauen mehr Schutz zu bieten, nutzte die Schwarz-Blaue Regierung dies um ihre rassistische Propaganda gegen Geflohene weiter zu befeuern. Die Rede ist dann natürlich auch nur von „unseren", also weißen, österreichischen Frauen. Kritik an patriarchalen Verhältnissen sucht man vergebens. Stattdessen wurden unter Schwarz-Blau Förderungen für Frauenhäuser und dergleichen teils komplett gestrichen. Die neue Schwarz-Grüne Regierung lässt auch nicht auf große Verbesserungen hoffen, zumal es schon wieder kein Frauenministerium gibt und überhaupt dem Thema im Regierungsprogramm kaum Wichtigkeit zugeschrieben wird.
Unterdessen ist die Lage für die meisten Frauen in halbkolonialen Ländern nochmals wesentlich schlimmer, da Frauen aufgrund der ökonomischen Lage der Länder in unsichere, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse getrieben werden, oder die finanzielle Abhängigkeit von ihrer Familie wesentlich stärker ausgeprägt ist, als in sogenannten industrialisierten Ländern. So ist in Lateinamerika die Femizidrate nochmals höher als in Europa. In Argentinien beispielsweise zählte die feministische Organisation "Mumalá" im letzten Jahr bis zum 31.Oktober 226 Femizide. Das bedeutet, dass in Argentinien im vergangenen Jahr durchschnittlich alle 32 Stunden eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner umgebracht wurde. Die Zahlen für den gesamten Lateinamerikanischen Kontinent und der Karibik zusammen lagen 2018 insgesamt bei 3.287 Femiziden, wobei man davon ausgehen kann, dass die Dunkelziffer wesentlich höher ist. Die Morde an Frauen sind die höchste Äußerung der Gewalt an Frauen, hier ist aber nicht zu vergessen, dass viele von ihnen schon zuvor von häuslicher Gewalt betroffen waren.
Auch homophobe und transfeindliche Angriffe auf LGBT+-Personen sind weit verbreitet. Die gesetzliche Gleichstellung für LGB+ Personen, in den wenigsten Fällen auch für Trans-Personen, ist in einigen Ländern zwar auf Papier gesichert, die gesellschaftliche Realität sieht jedoch meist anders aus. Durch das Erstarken neuer rechter und konservative Bewegungen sind Gegenstimmen und offener Hass wieder merklich lauter und salonfähiger geworden, was zu einem Anstieg an physischer, psychischer und systematischer Gewalt führt.
Wohl das verheerendste Beispiel für LGBT+-feindliche Angriffe ist jener auf den Nachtclub Pulse (Ohio, Florida) am 12. Juni 2016. Der Anschlag auf den Club stellte zu dem Zeitpunkt, mit 49 Toten und 53 Verletzten die tödlichste Massenschießerei in der US-Amerikanischen Geschichte dar. Obwohl 2015 in den USA die gleichgeschlechtliche Ehe in allen 50 Bundesstaaten legalisiert wurde, traten in den folgenden Jahren unter Präsident Trump unterschiedliche diskriminierende Gesetze in Kraft. Darunter solche, die LGBTQ+ Personen den Zugang zu notwendigen medizinischen Ressourcen vorenthalten, sie von Wohnmöglichkeiten und Arbeitsplätzen ausschließen und es erlauben, LGBTQ+-Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts Dienstleistungen zu verweigern - Viele dieser Gesetze beziehen sich dabei speziell gegen Trans-Personen, zum Beispiel solche, die Trans-Personen zwingen, Toiletten oder Umkleidekabinen zu nutzen, die ihrem zugeschriebenen Geschlecht entsprechen anstatt ihrem eigenen.
Zusätzlich ist die Mordrate an Trans-Personen überproportional hoch. Verschiedene Quellen geben die Zahlen der in den USA erfassten ermordeten trans-Personen in den Jahren 2017 als 29, 2018 als 26 und 2019 als 25 an. Ein Großteil der Mordopfer waren Trans-Women of Colour, insbesondere Schwarze Trans-Frauen. Die Mordrate in den USA an Schwarzen Trans-Frauen ist damit 7-mal höher als an anderen Frauen. Weltweit lag die Zahl der erfassten Morde an Trans-Personen im Jahr 2018 bei 369, 2019 bei 331. Die USA steht dabei an der Spitze. Dabei sollte jedoch nochmals angemerkt werden, dass es sich bei diesen Zahlen um erfasste und rechtswidrige Morde handelt. Morde in Ländern, in denen die rechtliche und soziale Lage für LGBTQ+ Personen unsicherer ist, scheinen unter Umständen gar nicht in diesen Statistiken auf. Überdies ist es in 73 Ländern weiterhin illegal, schwul, lesbisch, bi, queer oder trans zu sein und 12 dieser Länder verhängen dafür die Todesstrafe. Zudem kommen die immer noch anhaltenden Lohnunterschiede bei gleicher Arbeit, dass Frauen weltweit häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht sind und die stärkere Diskriminierung von migrantischen Frauen und LGBT+ Personen. Auch nicht zu vergessen ist die missliche Lage aller Frauen und LGBT+ Personen, die unter unmenschlichen Bedingungen in unsicheren Flüchtlingsunterkünften leben müssen.
Um die Lage der betroffenen Personen zu verbessern und vor allem in der kommenden Krise nicht zu verschlechtern, muss diese systematische Diskriminierung kollektiv bekämpft werden.

Wir fordern:

» *Gesetzliche Gleichstellung für Alle, in allen Ländern und die Abschaffung von allen diskriminierenden Gesetzen, denn davon sind Frauen und LGBT+ Personen besonders hart getroffen.*

» *Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit! Mindestlohn für Alle um ein Mindesteinkommen zu sichern und so die anfallenden Kosten der Reproduktionsarbeiten zu decken und somit eine Unabhängigkeit vom Partner gewährleisten zu können. Die Höhe muss von der Arbeiter*innenbewegung festgelegt werden und der Erhöhung der Lebenserhaltungskosten angeglichen werden.*

» *Kostenloser Zugang zu Gesundheitsversorgung, Pflegeeinrichtungen und Krankenvorsorge. Kostenlose Geschlechtsangleichung, Verhütungsmittel und Abtreibung.*

» *Gesicherte Renten für alle sowie eine kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung; öffentliche Wäschereien und Kantinen um die Reproduktionsarbeit auf alle Geschlechter zu verteilen.*

» *Ehe für Alle und ein Recht auf Scheidung auf Wunsch. Den Ausbau und die Sicherstellung von Schutzräumen für Frauen und LGBT+ Personen.*

» *Kostenlose und kollektive Selbstverteidigungsstrukturen für Frauen und LGBT+ Personen um sich vor An- und Übergriffen zu schützen.*

» *Um die politische Teilnahme zu ermöglichen treten wir auch für eine vollständige Vergesellschaftung von sämtlicher Haushalts-, Pflege-, und Reproduktionsarbeit ein.*

IMPERIALISMUS UND FESTUNG EUROPA

Blickt man auf die letzten Jahre zurück, wird man nicht unschwer erkennen, dass wir in einer Zeit multipler Krisen leben. Politische Krisen, Bürger*innenkriege, Wirtschaftskrisen, die Umweltkrise und eine scheinbare „Flüchtlingskrise" dominieren unser Krisenbewusstsein.

Esam

Doch während die Umweltkrise von weiten Teilen der Gesellschaft noch immer belächelt oder medial nicht selten als übertriebene Weltuntergangsapologetik denunziert wird, so war und wird hingegen die „Flüchtlingskrise" immer wieder als die größte aller Bedrohungen Europas dargestellt. Eine umfassende rechts dominierte Diskussion wurde geschaffen, um ohnehin ausgegrenzte Asylwerber*innen und Migrant*innen weiter und schärfer zu unterdrücken und menschenverachtende Politik durchzusetzen. Rechte Parteien hetzen unaufhörlich, betreiben ungemein rassistische und nationalistische Wahlkämpfe und feiern damit auch noch große Wahlerfolge. Kaum ein Thema entlarvt jedoch das rassistische und scheinheilige Gesicht Europas wie die Antwort der EU auf Krieg, Flucht und humanitäre Krisen – nämlich die Errichtung der sogenannten Festung Europa.

Um die europäische Flüchtlingspolitik näher zu beschreiben ist es aber zunächst notwendig den Charakter der EU selbst zu bestimmen. Die Europäische Union ist in erster Linie ein Machtblock, der, nicht anders als die USA, Russland oder China, im internationalen Wettkampf um politische und ökonomische Macht steht und nicht ein neutrales Friedensprojekt, wie uns oft weisgemacht wird. Als EWG (Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft) gegründet war das Ziel damals eine einerseits nach den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs größere innereuropäische wirtschaftliche Stabilität, andererseits aber auch eine stärkere Koordinierung um die Interessen der stärksten Nationen Europas im Vergleich zu den restlichen internationalen Wirtschaftsmächten besser verteidigen und durchsetzen zu können. Dies hat sich bis heute nicht geändert.

Als bspw. im Oktober 2018 der regierungskritische Journalist Jamal Khashoggi offensichtlich im Auftrag der saudi-arabischen Regierung ermordet wurde, weigerten sich, trotz des internationalen Skandals und moralischer Entrüstungen, die meisten europäischen Staaten vehement, ihre Rüstungsexporte an Saudi-Arabien zu stoppen. Der Angriffskrieg der Türkei gegen die Kurd*innen in Rojava wird und wurde primär mit deutschen Waffen geführt. Auch hier scheiterte die EU kläglich daran, trotz der vermeintlichen scharfen Verurteilungen des Kriegs, ein EU-weites Waffenembargo zu beschließen. Dass das Eintreten für Frieden in der EU nur soweit geht, wie die eigenen politischen und ökonomischen Interessen nicht gefährdet werden, ist nicht weiter verwunderlich. Man sieht zum Beispiel, dass unter den zehn größten Waffenlieferant*innen der letzten Jahre mit Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Spanien, Italien und den Niederlanden gleich sechs europäische Staaten vertreten sind. Den Friedensgedanken sucht man hier vergeblich. Der Übergang zur EU und damit einhergehende Fortschritte wie die Reise- und Arbeitsfreiheit aber auch die scheinbare Demokratisierung und Inszenierung als neutrales Friedensprojekt verschleiern den tatsächlichen imperialistischen und militaristischen Charakter der EU. Der wahre Charakter der EU und die schrecklichen Folgen des globalen Rechtsrucks werden aber vor allem an der Errichtung der Festung Europa sichtbar.

Angesichts dieser Politik ist die Abkehr von der EU auch in linken Kreisen keine Seltenheit. In der Brexit Debatte wurden zum Beispiel einige Stimmen laut (auch aus der Labour Party), die einen „linken" Austritt aus der EU forderten. Für viele reformistische Parteien herrscht die Illusion vor, ohne den bürokratischen und undemokratischen Apparat der EU könnte endlich wieder linke Politik gemacht werden. Ein Gedanke, der sich in der ein oder anderen Form auch in vielen globalisierungskritischen Ideologien wiederfindet. Statt den Nationalstaat ideologisch zu stärken (der ja nicht weniger unterdrückend als die EU ist) und einen weiteren Keil in die internationale Arbeiter*innenklasse zu treiben, müssen wir die bereits vorhandene technische, politische und ökonomische Vernetzung nutzen und die europäische Union in eine sozialistische Union umwandeln! Anti-EU Bewegungen, selbst wenn sie aus eher linken Spektren kommen, bedienen oft Argumentationen nationalistischer rechter Politik und verkennen die Wichtigkeit des solidarischen, internationalistischen Kampfes, der angesichts des Rechtsrucks, der Europa fest im Griff hat, bitter notwendig ist.

Nun aber zur vielfach erwähnten Festung Europa. Bürger*innenkriege, Not, Elend, politische Verfolgung, Unterdrückung und Ausbeutung plagen seit Jahren die Bevölkerung

in den meisten nordafrikanischen Staaten und dem Nahen Osten und sind auch die wesentlichsten Gründe, wieso wir seit Jahren eine große Fluchtbewegung nach Europa beobachten können. Doch die Flucht ist keine einfache, geschweige denn sichere Angelegenheit und nicht wenige müssen ihr Leben bei der Flucht lassen. Es gibt nur wenige Möglichkeiten nach Europa zu kommen und vor allem die Schließung der Balkan-Route hat dazu geführt, dass für den Großteil der Geflohenen nur mehr die lebensgefährliche Route über das Mittelmeer bleibt. Allein in den letzten fünf Jahren sind mehr als 15.000 Menschen dabei ums Leben gekommen und die Antwort der EU könnte zynischer nicht sein. Jahr für Jahr werden die Grenzen weiter militarisiert und die Gelder der Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) immer weiter aufgestockt. Die Erhöhung des Budgets von 142 Millionen Euro (2015) auf 1,6 Milliarden Euro (2021) spricht Bände. Ferner werden die Kompetenzen von Frontex immer weiter ausgeweitet – ihr Ziel ist die Entwicklung einer umfassenden europäischen Grenzschutzpolizei. Dass diese dabei immer mehr Militärausrüstung wie Langstrecken- oder Überwachungsdrohnen erhalten unterstreicht nochmal den tatsächlichen politischen Charakter – der Friedensnobelpreis, den die EU 2012 verliehen bekommen hat, lässt grüßen. Es ist mehr als klar, dass es bei Frontex einzig und allein darum geht, die Festung Europa zu überwachen, Geflohene schon vor der Grenze abzufangen und zurückzuschicken. Tragödien im Mittelmeer zu verhindern oder Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren spielen dabei kaum eine Rolle, denn ob Menschen bei der Flucht sterben ist ihnen gleichgültig – Hauptsache sie tun dies nicht im europäischen Raum, da man sonst gezwungen ist Trauer und Betroffenheit vorzutäuschen. Der Fall von Carola Rakete, der deutschen Kapitänin, die mit der Sea-Watch 3 im vergangenen Jahr 53 Menschen vor dem Ertrinken rettete und zum nächst sicheren Hafen begleitete, verdeutlicht dies. Nicht nur, dass ihr das An-Land-gehen trotz der humanitären Notsituation wochenlang verwehrt wurde, bis sie sich schlussendlich gezwungen sah die Hafensperre eigenmächtig zu umfahren, sie musste sich auch vor Gericht wegen lächerlichen Anklagepunkten wie „Schlepperei" oder „Widerstand gegen Kriegsschiffe" verteidigen. Dass die Seenotrettung seither immer weiter kriminalisiert wird, ist leider grausame aber nicht weiter überraschende Realität.

Die Angst vor Geflohenen fußt aber nicht nur auf der rechten nationalistische Mär von dem angeblichen Untergang der europäischen Völker, sondern trifft auch viele aus der sogenannten politischen Mitte der Gesellschaft. Rassistische Vorurteile und Panikmache sind längst in weiten Teilen der Gesellschaft normalisiert und selbst sonst eher linksstehende Menschen argumentieren oft, dass wir doch nicht die Ressourcen hätten um alle aufnehmen zu können. Bei der gegenwärtigen Verteilung von Reichtum (die reichsten 5% besitzen rund 38% des europäischen Gesamtvermögens), den astronomischen Gewinnen von Großkonzernen oder allein die Milliarden an Steuern, die von diesen Großkonzernen hinterzogen werden, sind die Kosten für Migration und Sozialstaaten nichts mehr als eine Nebensächlichkeit.

Vor allem der europäische Kontinent steht Afrika gegenüber in einer historischen Verantwortung, da viel vom europäischen Reichtum auf der Kolonialisierung und Versklavung des afrikanischen Kontinents beruht. Auch in der Gegenwart profitiert der Westen enorm von der Überausbeutung der dort ansässigen Bevölkerung. Von den enormen Profiten, die internationale Großkonzerne damit einfahren, sehen sie aber natürlich nichts. Zudem ist der Westen mit seinen zahlreichen Militärinterventionen für zahlreiche Krisen und Kriege mitunter direkt verantwortlich. Aktuell müssen wir bspw. seit Jahren mitverfolgen, wie der Bürger*innenkrieg in Syrien zum Stellvertreterkrieg imperialistischer Blöcke wird, und auch anderenorts stehen viele Länder in absoluter wirtschaftlicher Abhängigkeit zu den imperialistischen Industrienationen.

Das in Bezug auf Flucht ebenfalls oft vorgebrachte Argument, dass man statt Flucht zu fördern lieber in die wirtschaftliche Entwicklung der Länder investieren solle, zeugt von der Illusion, die viele von kapitalistischer Entwicklungshilfe haben. Entwicklungshilfe ist immer an sogenannte Strukturanpassungsprogramme gebunden, sprich neoliberale Sparmaßnahmen, die die Staaten weiter finanziell aushöhlen, vielmehr für profitablere Bedingungen für Großkonzernen schaffen und „bestenfalls" die Etablierung einer kleinen lokalen Kapitalist*innenklasse mit sich ziehen. Die lokale Wirtschaft hat oft weder die technischen Voraussetzungen um am internationalen Markt bestehen zu können, noch die Möglichkeit Produkte, mit denen sie tatsächlich ansatzweise konkurrieren könnten, auf den internationalen Markt zu bringen. Die US- und EU-Märkte blockieren bspw. den freien Zugang afrikanischer Agrarprodukte um ihre heimische Agrarwirtschaft zu schützen. Werden Forderungen nach höheren Löhnen oder mehr Steuern laut, drohen die Konzerne umgehend mit Abzug in andere Länder. Auch die Entwicklung von verarbeitender Industrie in lokaler Hand, um die eigenen Rohstoffe besser verwerten zu können, wird verhindert, da dies den Verlust billiger Rohstofflieferant*innen bedeuten würde. Das ist keine Frage mehr davon, wieviel Geld man in die Entwicklungshilfe investiert, sondern eine Frage unseres Wirtschaftssystems selbst.

Der Kapitalismus als System forciert eine Systemlogik, in der immer mehr Profit geschaffen werden muss um am internationalen Markt zu bestehen, und führt daher notwendigerweise zu einer immensen Konzentration von Kapital in den Händen weniger monopolistischer und imperialistischer Kapitalfraktionen, die sich in diesem Konkurrenzkampf durchsetzen und den Weltmarkt unter sich aufteilen. Die dabei entstehenden Krisen und Kriege sind ursächlich für Elend, Not und Flucht. Statt die rechtspopulistische Mär von der „Flüchtlingskrise" zu bedienen, müssen wir vielmehr von der Krise des Kapitalismus selbst sprechen, dessen fatale Folgen Geflohene und Migrant*innen erleiden müssen, und den Sturz des Kapitalismus herbeiführen.

GEWALTFREIHEIT & POLITISCHE BEWEGUNGEN

Die Welt steht in Flammen. Es wird immer klarer, dass das System, in dem wir leben für den Großteil der Menschen nicht mehr länger tragbar ist. Viele Menschen haben zurecht das Bedürfnis, sich zu organisieren um gegen Klimawandel, Krieg und Zerstörung vorzugehen.

Lisa

Die Massenbewegung, die sich in einigen Teilen der Welt gebildet hat, um gegen die Klimakrise zu protestieren, ist notwendig um der Klimazerstörung überhaupt etwas entgegenzusetzen. So wichtig dieser Prostest ist, umso mehr gehen die Diskussionen und Differenzen zur Strategie auseinander. Sowohl bei Fridays For Future als auch bei Extinction Rebellion sieht sich ein großer Teil als pazifistisch und hat das Prinzip der Gewaltfreiheit verinnerlicht. Doch was ist Gewalt, und wie sinnvoll ist eine grundsätzliche Ablehnung gegen jede Art von Gewalt?
Wir leben in einem System, das auf der Unterdrückung einer Klasse durch eine andere basiert und nur funktioniert, weil der Großteil der Menschen ausgebeutet wird. Die Tatsache, dass Menschen sterben, weil sie sich nichts zu essen kaufen können, oder dass jemand an einer heilbaren Krankheit stirbt, weil er sich die Behandlung nicht leisten kann, zeigt die systematischen, mit Gewalt aufrechterhaltenen Mechanismen dieses Systems auf. Der Kapitalismus ist gewalttätig, und er überlebt trotz seiner offensichtlichen Widersprüche unter anderem, weil er Menschen - gerade Menschen, die sich gegen ihn stellen - unterdrückt. Es gibt aber jeden Grund, sich zu wehren und für eine bessere Welt zu kämpfen. Wir dürfen uns aber nicht der Illusion hingeben, dass wir das schaffen werden, ohne selbst Gewalt anwenden zu müssen.

Neben (und oft auch Hand in Hand mit) gesellschaftlicher Gewalt ist auch rechter Terror etwas, das durch den Rechtsruck in der Gesellschaft immer weiter zunimmt. Die Rechte ist organisiert und gewalttätig, und wir dürfen ihnen nicht ins offene Messer laufen indem wir uns nicht aktiv mit antifaschistischer Selbstverteidigung auseinandersetzen. Die Geschichte hat schon oft gezeigt, dass rechte Organisationen und Aktionen nur geschwächt werden können, wenn man ihnen proaktiv den Raum nimmt und sich gemeinsam (auch mit Gewalt) gegen sie wehrt. Eine pazifistische Ablehnung von Gewalt würde in solchen Kontexten jedoch heißen, Unterdrückung und Gewalt von Rechten bewusst zuzulassen. Das beruhigte Gewissen, keine Gewalt angewendet zu haben, hilft den Betroffenen aber keineswegs. Außerdem bedeutet so eine Herangehensweise auch in letzter Konsequenz, dass die Gewalt, die von Unterdrückten ausgeht um sich gegen rassistische, faschistische, sexistische etc. Angriffe zur Wehr zu setzen, genauso abzulehnen zu ist wie die, die bspw. von rechten Schlägertruppen ausgeht. Einfach „Gewalt ist böse" zu posaunen ist naiv und verkennt die Realität, in der viele weltweit leben müssen. Dabei sollten wir Gewalt auch nicht fetischisieren, denn die Gewalt einer, vom Rest der Gesellschaft losgelösten Kleingruppe alleine wird weder den Faschismus aufhalten, noch den Kapitalismus stürzen. Es geht darum, die unterdrückten Teile der Gesellschaft zu organisieren und gemeinsam für den Sozialismus, ein System, welches nicht auf Profit und Unterdrückung basiert, zu kämpfen. Speziell die unterdrückten und vielfach diskriminierten Arbeiter*innen aller Hautfarben, Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten haben hier durch ihre besondere Stellung in der kapitalistischen Produktion eine besondere Aufgabe - sie können dem System wirklich wehtun - mit Streiks und Mobilisierungen.

FFF und XR wenden das Prinzip der Gewaltfreiheit an. Das heißt, dass sie sich klar gegen Gewalt aussprechen und Gewalt nicht als legitimes Mittel zum Widerstand sehen. Das klingt vielleicht auf den ersten Blick sympathisch, doch letzten Endes werden weder die friedlichen Sit-Ins, noch Sitzblockaden den Klimawandel aufhalten. Um die Klimakrise wirklich zu stoppen, müssen wir für ein System kämpfen, dass Umwelt über Profit stellt, und das ist im Kapitalismus nicht möglich. Menschen, die sich gegen den Klimawandel wehren wollen, die Illusion zu geben, dies wäre ohne Gewalt möglich, ist aus mehreren Gründen gefährlich und schädlich für die Bewegung:
Erstens geht man mit dieser Annahme davon aus, dass Gewalt von staatlicher Seite meist nur eine Reaktion auf gewalttätiges Verhalten der Demonstrierenden ist. Der Gedanke ist, dass es möglich ist, etwas zu verändern, „wenn wir nur alle zusammenhalten" (also gemeinsam mit Kapitalist*innen, der Zivilbevölkerung und der Staatsgewalt). Wir kämpfen aber

nicht alle für das Selbe, und eine Annäherung an beispielsweise Polizist*innen, wie es XR oft macht, ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht für jede Person, die von Polizeigewalt betroffen ist, sondern auch ein Ignorieren der Frage welche Interessen sie dort vertreten. Es ist nämlich nicht das Interesse der Herrschenden und ihrer Handlager die Grundlage ihrer Existenz (nämlich die systematische Ungleichheit und Ausbeutung) abzuschaffen. Wir müssen uns abgrenzen, von denen, die Schuld an diesem Zustand haben und denen, die darunter leiden und ein objektives Bedürfnis danach haben, es zu verändern.
Zweitens spaltet man mit einem Ruf nach Gewaltfreiheit die Bewegung in „gute" und „schlechte" Aktivist*innen. Wir ziehen gemeinsam an einem Strang und persönliche Bedenken in der Gewaltfrage haben wenig damit zu tun, dass wir diejenigen verteidigen, denen systematisch Tag für Tag Gewalt zugefügt wird. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, wenn sie zu den Waffen greifen, wenn sie sich mit Polizeigewalt gegen unsere berechtigten Proteste stellen, zurückzuschlagen. Unsere Gewalt ruft nicht ihre Gegengewalt hervor. Die staatliche Gewalt, die dieses System aufrechterhält ist allgegenwärtig. Wir können nur vorankommen, wenn wir das anerkennen und unsere eigenen Schritte dagegensetzen.

Wir brauchen eine breite, proletarische Bewegung, um den Klimawandel zu stoppen. Das werden wir nur schaffen, indem wir das System abschaffen, das für die Klimakrise verantwortlich ist und Profitinteressen über unser Leben stellt. Gleichzeitig brauchen wir auch heute schon Selbstverteidigungsmöglichkeiten gegen rechten Terror und Polizeigewalt. Deswegen fordern wir:

» *Bildung von antifaschistischen Selbstverteidigungsgruppen in Verbindung mit der Arbeiter*innenklasse*
» *Klassenkampf statt Ausspielen gegeneinander! Wir sind nicht schuld an der Klimakrise, doch wir sind diejenigen, die sie wirklich stoppen können!*

FÜR EINE STARKE, UNABHÄNGIGE JUGENDORGANISATION!

Wenn man von der „Jugend" spricht, kommt den meisten wahrscheinlich das Bild eines*r Vorzugsschüler*in in den Kopf, der*die zu Hause bei den Eltern wohnt, montags bis freitags die Schule besucht, gute Noten nach Hause bringt und sich um mehr nicht kümmern muss.

Heidi & Tina

Für viele Jugendliche ist dies allerdings keine Realität. Oft leben Jugendliche und junge Erwachsene in erschwerten Verhältnissen. Sei es wegen familiären, finanziellen oder anderen privaten Problemen, für Leute, die nicht in das Soll-Bild einer funktionierenden Gesellschaft passen, bietet der Staat nicht genug Alternativen oder Hilfe. Gerade Jugendliche trifft dies sehr stark. Oft sind diese noch nicht komplett in der Lage, in einer kapitalistischen Gesellschaft auf eigenen Beinen zu stehen, und werden deswegen nochmal mehr von Anderen, meist Älteren, abhängig gemacht und damit zu perfekten Opfern für ein kapitalistisches System erzogen, wo sie von vorne bis hinten ausgebeutet werden.
In unserer westlichen Gesellschaft hängt der Charakter der Jugend stark mit einem Ausbildungsverhältnis zusammen. In Phasen, in denen man selbst noch kein Geld verdient, ist man schließlich auch deutlich abhängiger von finanzieller Hilfe (der Eltern zum Beispiel). Mit finanzieller Abhängigkeit geht auch eine gewisse Machtlosigkeit einher. Aber das ist nicht die einzige Sphäre in der wir Jugendliche entmachtet werden.
Als Paradebeispiel kann sehr gut die Schule genannt werden. Von Schüler*innen wird über eine gewisse Zeitspanne verlangt, dauerhaft Leistungen zu erbringen. Leistungen, die teilweise komplett irrelevant und für das Leben nicht im Geringsten nützlich sind. Ist man allerdings nicht in der Lage, als Schüler*in diese Leistungen zu erbringen, bestraft dich der Staat dafür. Einen Jahrgang zu wiederholen ist zwar leider normal, wird aber zeitgleich mehr und mehr zu einem gesellschaftlichen No-Go.
Um noch eines drauf zu setzen, verbietet der Staat nach einer gewissen Anzahl von Wiederholungen von Schuljahren das Weiterbesuchen der Schule in dem Bundesland in dem man bis dahin die Schule besucht hat.
Wenn man dem Unterricht fern bleibt (Gründe dafür können, anders als es der Staat darstellt, auch unabhängig von erbrachten Leistungen sein) wird man vom Staat auf ein Neues be-

straft. Mit der Schwarz-Blauen Regierung kamen den davor schon unnötig strengen Regulationen nun auch ernsthafte Strafen dazu, die von der jetzigen Schwarz-Grünen Regierung beibehalten werden. Für genanntes Fernbleiben vom Unterricht fallen nun Strafen von 110 bis zu 440€ an welche, wenn man diese nicht bezahlen kann, in eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Wochen umgewandelt werden können. Dadurch steigt der Leistungsdruck auf Schüler*innen erheblich, vor allem wenn sie aus sozial schwierigen Verhältnissen kommen, in denen solche Strafen weitere harte Konsequenzen für die Betroffen bedeuten können.
Hier sieht man, wie betroffen Schüler*innen von politischer Willkür sind, wobei viele von Ihnen zeitgleich nicht einmal wählen dürfen. Selbst in der Schule, wo wir vermeintlich zu kritischen und eigenständigen Individuen erzogen werden sollen, gibt es kaum Raum, den schulischen Alltag demokratisch mitzubestimmen, obwohl Schüler*innen die absolute Mehrheit stellen.

Aber das ist auch „nur" die Spitze des Eisbergs. Die Wirtschaftskrise, die in Europa bis heute nicht ganz überwunden ist, hat eine heftige sozioökonomische Veränderung für die Jugend mit sich gebracht. Jugendliche sind immer mehr von unsicheren Arbeitsverhältnissen betroffen, oder sehen sich mit absurd hohen Arbeitsanforderungen konfrontiert, die dazu führen, dass unbezahlte Praktika oder prekäre Arbeitsverhältnisse wie unter Foodora und Co. zur Normalität werden. Gleichzeitig hat die Jugendarbeitslosigkeit neue Rekordhöhen erreicht (in Spanien und Griechenland zum Beispiel) und die Perspektive für junge Menschen auszuziehen und unabhängig von den Erziehungsberechtigten zu werden ist schlicht und einfach für viele keine Option mehr. Sie sind somit auch ganz klar von der Krise betroffen.
Die Jugend hat historisch schon immer eine große Rolle gespielt. Von Protesten und Aufständen bis hin zu Kriegen und Revolutionen. Die Jugend hat immer ihren Teil dazu beigetragen, sie ist auch weniger frustriert von früheren Fehlschlägen (anders als desillusionierte Erwachsene, die schon lange ins System integriert sind und den Widerstand meist herablassend als „aufmüpfige Phase" abtun), vorwärtsgewandt und bereit, für ihre Anliegen zu kämpfen.
Auch in der heutigen Gesellschaft bildet die Jugend mehr und mehr eine kritische Stimme innerhalb der Bevölkerung.
Das wahrscheinlich aktuellste Beispiel ist die Protestbewegung nach Greta Thunberg und Fridays for Future. Hier gehen wöchentlich mehrere Tausend, und alle paar Monate mehrere hundert Millionen, Jugendliche auf die Straße um gegen die weltweite, dem Klima schadende Politik zu demonstrieren, die derzeit auf dem Vormarsch ist. Nach und nach erzielen diese Bewegungen auch kleine Erfolge. Mehr und mehr Politiker*innen und Regierungen verpflichten sich jetzt, zumindest auf dem Papier, auf gewisse Art und Weise dem Klimaschutz.
Allerdings kann dem leider nicht immer so viel Glauben geschenkt werden, wie man gerne möchte. Viele Politiker*innen nutzen auch das mittlerweile gute Bild des Klimaschutzes für Werbezwecke. Nach außen hin gibt sich eine Partei dem Umweltschutz, dem Kampf gegen Umweltverschmutzung und der Investition in erneuerbare Energien, um so mehr Stimmen bei der nächsten Wahl zu bekommen. Im Regierungsprogramm ist davon dann aber nur noch wenig zu sehen. So auch in Österreich. Solange eine ÖVP hier in einer Regierung ist, kann mit Sicherheit gesagt werden, dass die Wirtschaft Vorrang hat und eine Rolle spielt, die auch oft noch größer ist, als die des Klimaschutzes.

Wir als Revolution bezeichnen uns als eine unabhängige politische Jugendorganisation. Das heißt, dass wir uns zu 100% selber finanzieren und dadurch nicht von Spenden größerer Parteien abhängig sind, anders als beispielsweise die Sozialistische Jugend (SJ) oder die Grünalternative Jugend. Dies sind parteiabhängige Jugendorganisationen. Das heißt, sie finanzieren sich neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch durch Zuschüsse der Mutterparteien, denen sie angehören. In diesen Fällen SPÖ und Grüne.
Es ist von diesen Jugendorganisationen nicht zu erwarten, dass sie ernsthaft auf die Barrikaden gehen, wenn nicht Parteien mit anderen Einstellungen (FPÖ oder ÖVP), sondern ihre eigenen zu kritisieren sind. Das heißt natürlich nicht, dass sie gar keine Kritik üben, aber sehr wohl, dass kritische Aktionen, die der Mutterpartei über kurz oder lang wirklich schaden könnten, an gewisse Grenzen gebunden sind, will man doch nicht die eigene finanzielle Grundlage riskieren. Wir sehen das als großes Problem. Allein das Beispiel SPÖ zeigt, dass nicht immer alles rosig läuft, und auch eine Partei, die sich, in diesem Falle, eigentlich den Interessen der Arbeiter*innen verschreibt, seit Jahrzehnten Schritte einleitet, die den eigenen Grundsätzen auf die eine oder andere Art widersprechen. Von der SJ hat man diesbezüglich vergleichsweise eher wenig ernsthaften praktischen Widerstand gespürt.

Als Revolution sind wir nicht nur in Österreich aktiv. Wir haben auch einige Ortsgruppen in Deutschland und arbeiten europaweit mit mehreren Organisationen zusammen. Die internationale Zusammenarbeit, vor allem zwischen Jugendlichen, ist uns sehr wichtig. Viele Probleme sind durch Kontakte, die auch über die eigenen Landesgrenzen hinausreichen, leichter zu bekämpfen.
Nur wenn wir viele sind und nur wenn wir gemeinsam kämpfen können wir etwas bewirken. Auf Basis unseres Programms versuchen wir Lösungen für die bestehenden Probleme der Gesellschaft zu finden und uns gemeinsam gegen Sparpolitik, politische Entmachtung und Ausbeutung zu stellen. Wir glauben, dass ein System, indem wir frei von Unterdrückung leben können und uns als Gesellschaft endlich in eine menschliche Richtung entwickeln können, die bessere Alternative zu unserem jetzigen Wirtschaftssystem ist. Bis wir den Kapitalismus überwunden haben, werden wir immer unter den anhaltenden Wirtschaftskrisen leiden und unserer Ohnmacht ausgeliefert sein. Wir wollen echte Mitbestimmung der Arbeiter*innen und Jugend – Für die sozialistische Weltrevolution!

„Die weltpolitische Lage in ihrer Gesamtheit ist vor allem gekennzeichnet durch die historische Krise der Führung des Proletariats.“

Leo Trotzki 1938

